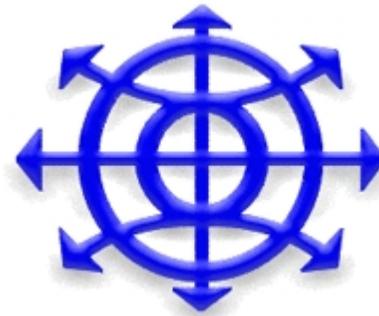


ProfNet PlagiatService

-Prüfbericht-



für
Prof. Dr. Claus Jander
Uni Münster

Münster, den 14.12.2014

ProfNet PlagiatService - Zusammenfassung

PlagiatService

Prüfbericht

15974

14.12.2014

2

• Autor	Prof. Dr. Claus Jander
• Titel	Der Einfluss des Bundesministe ...
• Typ	Dissertation
• Abgabetermin	27.07.2005
• Hochschule	Uni Münster
• Fachbereich	Philosophische Fakultät
• Studiengang	
• Fachrichtung	Politikwissenschaften
• 1. Gutachter	Prof. Dr. Dr. h.c. Wichard Woyke
• 2. Gutachter	Prof. Dr. Dr. h.c. Reinhard Meyers
• Prüfdatum	14.12.2014

• Dateigröße	352.771	• Abbildungsverzeichnis	<input checked="" type="checkbox"/>
• Seiten	271	• Abkürzungsverzeichnis	<input checked="" type="checkbox"/>
• Absätze	955	• Anhang	<input type="checkbox"/>
• Sätze	2.716	• Eidesstattliche Erklärung	<input checked="" type="checkbox"/>
• Wörter	41.141	• Inhaltsverzeichnis	<input checked="" type="checkbox"/>
• Zeichen	277.841	• Literaturverzeichnis	<input checked="" type="checkbox"/>
• Abbildungen	12	• Quellenverzeichnis	<input type="checkbox"/>
• Tabellen	0	• Stichwortverzeichnis	<input checked="" type="checkbox"/>
• Fußnoten	416	• Sperrvermerk	<input type="checkbox"/>
• Literatur	1	• Symbolverzeichnis	<input type="checkbox"/>
• Wörter (netto)	38.467	• Tabellenverzeichnis	<input checked="" type="checkbox"/>
		• Vorwort	<input checked="" type="checkbox"/>

Analysetyp	Indizien
• Bauernopfer-Absatz	23
• Bauernopfer-Halbsatz	1
• Bauernopfer-Satz	6
• Bauernopfer-Wort	1
• Mischplagiat-mehrere Quellen	2
• Teilplagiat	6
• Zitat-Veränderung	8
• Zitierungsfehler	22
Anteil Fremdtex te (netto): 1 % (505 von 38.467 Wörtern)	
• Phrase-allgemein	12
• Phrase-fachspezifisch	65
• Zitat-Fremdtext-ohne Quelle	10
• Zitat-Fremdtext-vollständig	13
• Zitat-im Text-ohne Quelle	48
• Zitat-im Text-vollständig	73
Anteil Fremdtex te (brutto): 18 % (7.470 von 41.141 Wörtern)	

● **13%** Gesamtplagiatswahrscheinlichkeit

Alle Ergebnisse dieses Reports werden von der Software automatisch berechnet, so dass alle Angaben jeweils den Stand der Software-Entwicklung wiedergeben.

ProfNet PlagiatService - Ergebnis Textanalyse (alle Analysen)

Kriterium	Dimension	Prüfdokument	Erstprüfer	Fachbereich	Hochschule	Fachrichtung	Hausarbeiten	Seminararbeiten	Bachelor Thesen	Diplomarbeiten	Master Thesen	Dissertationen	Habilitationen	alle
Dokumente	Anzahl	1	1	6	46	213	167	144	209	1534	168	19021	174	123315
Abbildungen	Anzahl (Durchschnitt)	12	12	3	3	4	2	2	7	7	3	5	8	2
Absätze	Anzahl (Durchschnitt)	955	955	1099	850	952	123	131	292	378	302	576	816	392
Fußnoten	Anzahl (Durchschnitt)	416	416	517	261	416	44	67	43	65	49	112	140	49
Literatur	Anzahl (Durchschnitt)	1	1	2	5	6	1	16	18	6	4	7	2	11
Sätze	Anzahl (Durchschnitt)	2716	2716	5478	3127	4594	524	560	1132	1553	1321	2486	3639	1423
Seiten	Anzahl (Durchschnitt)	271	271	286	221	252	35	32	81	107	94	166	207	85
Tabellen	Anzahl (Durchschnitt)	0	0	7	5	3	1	1	2	3	3	4	3	2
Wörter	Anzahl (Durchschnitt)	41141	41141	85699	49447	77997	8809	8778	17874	24246	22040	40017	58943	23426
Zeichen	Anzahl (Durchschnitt)	277841	277841	597218	358646	531403	58226	58273	117574	161196	140009	265813	405003	153573
Zitate	Anzahl (Durchschnitt)	272	272	941	392	690	89	74	123	170	148	229	379	155



Die statistischen Ergebnisse der Textanalyse des Prüfdokumentes werden mit den Ergebnissen aller analysieren Texte verglichen.

ProfNet PlagiatService - Ergebnis Textvergleich (alle Vergleiche)

Kriterium	Dimension	Prüfdokument	Erstprüfer	Fachbereich	Hochschule	Fachrichtung	Hausarbeiten	Seminararbeiten	Bachelor Thesen	Diplomarbeiten	Master Thesen	Dissertationen	Habilitationen	alle
Dokumente	Anzahl	1	1	6	47	193	51	29	192	1367	142	16667	158	29574
Mischpl.-eine	Anzahl (Durchschnitt)	0	0	1	1	2	1	7	1	2	2	3	4	4
Teilplagiat	Anzahl (Durchschnitt)	6	6	19	15	24	9	10	14	16	16	28	28	26
Mischpl.-mehrere	Anzahl (Durchschnitt)	2	2	5	4	9	2	2	3	4	3	7	4	7
Zitierungsfehler	Anzahl (Durchschnitt)	22	22	18	9	21	1	10	2	2	3	3	6	2
Bauernopfer	Anzahl (Durchschnitt)	23	23	11	4	8	0	0	1	1	1	2	3	1

● **13%** Gesamtplagiatswahrscheinlichkeit

Die Textvergleichsergebnisse des Prüfdokumentes werden mit allen analysierten Texten verglichen. Die Plagiatswahrscheinlichkeit wird grob vom Programm automatisch berechnet.

Textstelle (Prüfdokument) S. 9

Bundesministers der Verteidigung, Helmut Schmidt, und Mitglied des Bundessicherheitsrats. Die Amtsübernahme durch Helmut Schmidt war für große Teile des Offizierkorps unfassbar. Zum ersten Mal in der noch jungen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland wird ein Sozialdemokrat **Inhaber der Befehls- und Kommandogewalt und** der Maurer und Gewerkschaftsführer Georg Leber sein Vertreter im Kabinett. X Können diese beiden Sozialdemokraten im Offizierkorps den ausgetragenen oder schwelenden Streit zwischen den Vertretern eines Reformkurses und denjenigen, die auf Restauration in der Bundeswehr setzen,

Textstelle (Originalquellen)

Dies war besonders dort schädlich, wo reaktionäre Unterströmungen oder zumindest d: nicht immer reformfreundige Einstellung von Personen in wichtigen Positionen gefördert wurden. Das persönliche Verhältnis der **Inhaber der Befehls- und Kommandogewalt und** deren Stellvertreter war seit 1955 von großer Bedeutung für die Beachtung und Weiterentwicklung der Inneren Führung. Obwohl sich noch alle Verteidigungsminister, Staatssekretäre, Generalinspektoren u. a. hohe

- 1 Ilseman, Carlo-Gero von (1971): Di..., 1971, S. 308

● 1% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

15974

14.12.2014

5

Textstelle (Prüfdokument) S. 5

Leber nicht in die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) ein. Auch während seiner Militärzeit wurde er, obwohl mehrfach darauf angesprochen, kein Mitglied dieser Partei. 15 Hinzu kamen während der Militärzeit die Nachrichten aus der Heimat. Georg Leber: "Ich erinnere mich noch gut an das, was in München vorging, was mit den Geschwistern Scholl passiert war...Das bekamen wir dann mit. Da war Gegnerschaft dann auch bei uns. Wir haben verhältnismäßig offen im kleinen Zirkel Ober all diese Dinge gesprochen, und ich glaube, wir hatten nach 1945, als der Krieg zu 13 Ebenda, S. 17.; Persönliche Befragung Georg Leber am 26.06.1989 14 Ebenda, S 17; Persönliche Befragung Georg Leber am 27.06.1989. Ende war, dann auch nichts mehr umzudenken. Das war vielmehr vorher schon geschehen."¹⁶ 1.4. Militärzeit und Kriegserfahrungen Im Dezember 1939 meldete sich Georg Leber freiwillig zur Wehrmacht und wurde als Funker zur Luftwaffe, genauer zur Luftnachrichtentruppe nach Gütersloh eingezogen: "Ich habe mich im Leben nur einmal freiwillig gemeldet, und das war 1939 zur Wehrmacht. Das war der Ausfluß der Stimmung, wie sie 1939 herrschte."¹⁷ Einige Wochen später wurde er zu einem Jagdgeschwader kommandiert. 1942 wurde Georg Leber zum Unteroffizier befördert. In der letzten Kriegsphase wurde er am 2. Februar 1945 bei einem Infanterieeinsatz in Ostpreußen durch Granatsplitter mehrfach verwundet.¹⁸ Auf dem Seeweg

16 Nach Hermann, L.: a.a.O., S. 18 f.

17 Persönliche Befragung Georg Leber am 26.06.1989; Nach Witter, B.; a.a.O., S.46 f.

18 Nach Leber, G.: Wir fingen an. S.77 f; Fischer, K.: Die Zeit der sozialdemokratischen Verteidigungsminister. Marineforum 1977, Heft 10, S. 17-21, Teil I.

Textstelle (Originalquellen)

in den Informationsschreiben herangeholt, um zu beweisen, daß ich unrecht hatte. Ich habe auch mehr oder weniger daraus die Konsequenz gezogen und habe am 5. Dezember - ich erinnere mich noch gut an das Datum - einen Brief an den Oberbefehlshaber geschrieben, daß ich dies und Jenes in den Informationsschreiben gesehen hätte und daß ich nun genau wissen wolle, ob

- 2 Kern, Erich: Verrat an Deutschland, 1972, S. 123

● 0% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService
Prüfbericht

15974

14.12.2014

6

Textstelle (Prüfdokument) S. 6

bei einem Infanterieeinsatz in Ostpreußen durch Granatsplitter mehrfach verwundet.¹⁸ Auf dem Seeweg konnte er noch nach Rendsburg ins Lazarett transportiert werden und entging so der Gefangenschaft. Für Georg Leber war der Krieg damit zu Ende. "Ich war von 1939 an Soldat gewesen und hatte den Krieg mit allem, was er bedeutet, miterlebt, auch den Beginn des uns allen unverständlichen und von niemandem vermuteten Angriffs auf die Sowjetunion. Das konnte nicht gut gehen. Spätestens mit dem Eintritt der USA in den Krieg war das schlimme Ende unausweichlich."¹⁹ In der zweiten Märzhälfte 1945 wurde er wegen Platzmangel vorzeitig aus dem Lazarett entlassen (er konnte an zwei Krücken gehen) und gelangte in einer Drei-Wochen-Odyssee in die Steiermark. Hier in St. Stephan war die

18 Nach Leber, G.: Wir fingen an. S.77 f; Fischer, K.: Die Zeit der sozialdemokratischen Verteidigungsminister. Marineforum 1977, Heft 10, S. 17-21, Teil I.

19 Nach Leber, G: a.a.O., S. 77.

Textstelle (Originalquellen)

wolle. Vielmehr müsse die Aufmerksamkeit jener Zeit der Krisen der Krise des Nationalstaats, der Krise der bürgerlichen Gesellschaft, der Krise des europazentrischen Staatensystems - gelten, die 1917/18 mit dem Eintritt der USA in den Krieg und mit der Oktoberrevolution in Rußland begonnen habe, dann über den Sturz von Faschismus und Nationalsozialismus in den Kalter Krieg genannten globalen Konflikt zwischen den

- 3 class gs ctg2 von ifz-muenchen.deif..., 2003, S.

● 0% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

15974

14.12.2014

7

Textstelle (Prüfdokument) S. 9

Ausgleich der winterlichen Arbeitslosigkeit im Baugewerbe.³¹ Ein weiterer Höhepunkt während seiner Gewerkschaftstätigkeit war der Besuch des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, John F. Kennedy, in Berlin vom 23. - 26. Juni 1963. Georg Leber hatte erreicht, dass John F. Kennedy **auf dem Gewerkschaftstag der IG Bau-Steine- Erden** eine denkwürdige Rede hielt. Zum erstmalig in der Geschichte der Bundesrepublik hatte ein ausländisches Staatsoberhaupt den Kongreß einer freien Gewerkschaft besucht. Georg Leber begrüßte den Präsidenten als einen Baumeister einer glücklichen Zukunft. Sein sehr guter Kontakt zum amerikanischen Gewerkschaftsführer George Meany hatte das ermöglicht. (Nachstehende Fotos

31 Nach Jacobs, V.: a.a.O., S. 73; Persönliche Befragung Georg Leber am 26.06.1989.

Textstelle (Originalquellen)

Wohnungspolitik plädieren¹³) und für eine Steuerung des Wohnungsangebotes ausschließlich über den Preis eintreten), aber auch im Gegensatz zu denen, die den öffentlichen Auftrag nur noch für bestimmte Randgruppen aufrechterhalten wollen¹⁵), hat Heinz O. Vetter **auf dem Gewerkschaftstag der IG Bau, Steine, Erden u. a.** erklärt: "Der soziale Wohnungsbau ist für die breiten Schichten und nicht nur für die Randgruppen ebenso notwendig wie früher ..." und "... Investitionen im wohnungspolitischen, im

- 4 Müller, M.: Verknappung des preiswe..., 1980, S. 538

● 2% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

15974

14.12.2014

8

Textstelle (Prüfdokument) S. 15

der Geschichte hat ein ausländisches Staatsoberhaupt den Kongreß einer freien Gewerkschaft besucht. Georg Leber begrüßte den Präsidenten der Vereinigten Staaten als einen Baumeister an einer glücklichen Zukunft. Daß der Präsident der Vereinigten Staaten den Gewerkschaftstag **der IG Bau-Steine-Erden in Berlin** besuchte und dort eine Rede hielt, hatte Georg Leber seinem sehr guten Kontakt zum amerikanischen Gewerkschaftsführer George Meany zu verdanken 2.2. Georg Leber als Gewerkschaftsführer 1957 wurde Georg Leber zum ersten Vorsitzenden seiner Gewerkschaft gewählt. Der Arbeitersohn

Textstelle (Originalquellen)

November 1979, die allesamt unter dem Aspekt der Mittelverringering für eine Konzentration im ersten Förderungsweg auf bestimmte einzelne Gruppen drängen. ¹⁶ 16) Zitiert nach Tagesprotokoll 1 des 11. Ordentlichen Gewerkschaftstages ¹⁶ **der IG Bau-Steine-Erden in Berlin, 22. Oktober 1979. ¹⁶ ") Vgl. die Leitsätze des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Entschließung ¹⁶ auf dem 8. Ordentlichen Bundeskongress des DGB, München 1969. ¹⁶ |8) Antrag Nr. 73 vom 11. Ordentlichen Bundeskongress des DGB, Hamburg 1978, hier besonders**

- 4 Müller, M.: Verknappung des preiswe..., 1980, S. 2

● **2%** Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

15974

14.12.2014

9

Textstelle (Prüfdokument) S. 17

Als die Gewerkschaft die Gründung in einem Festakt am 21. März 1963 in der Frankfurter Paulskirche feierte, waren bei dieser Einzelgewerkschaft zum erstenmal der Bundespräsident und die Bischöfe beider Kirchen anwesend und beglückwünschten Leber. 1964 führte er das **Programm zur Vermögensbildung der Arbeitnehmer im Baugewerbe** ein und 1968 setzte er tarifvertragliche **vermögenswirksame Leistungen** für rund 1,6 Millionen Bauarbeiter durch. Nach Jacobs, V.: a.a.O., S. 73 f; Nach Reuther, H.: a.a.O., S. 4.f; Persönliche Befragung Georg Leber am 26.06.1989; nach Hermann, L.: a.a.O., S. 39. Bischof Wilhelm Kempf, mit dem Sozialwissenschaftler und Bischof von Münster, Josef Höffner,

Textstelle (Originalquellen)

Regelungen über die Verwendungszwecke des Vermögens, das in Arbeitnehmerhand entstehen sollte. Die gewerkschaftliche Auffassung der IG Bau, Steine, Erden ist wohl am ehesten aus dem "**Programm zur Vermögensbildung der Arbeitnehmer im Baugewerbe**"¹⁴) zu beurteilen; die Abweichungen des späteren endgültigen Tarifvertrages dürften wohl auf die Anpassung an das Zweite Vermögensbildungsgesetz zurückzuführen sein, das durch Tarifverträge vereinbarte **vermögenswirksame Leistungen**

- 5 Aspekte der gewerkschaftlichen Verm..., 1972, S. 74

● 4% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

15974

14.12.2014

10

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



Textstelle (Prüfdokument) S. 20

war. Er war als Gewerkschaftsvorsitzender quer in die Bundespolitik eingestiegen.⁴⁷ Am 13. Januar 1968 hielt Georg Leber auf Wunsch von Willy Brandt und Herbert Wehner auf dem Landesparteitag in München das Hauptreferat zum Thema: "Kirchen und Sozialdemokratie": "Unser Volk hat sich in der Vergangenheit zu rund 90 Prozent für eine demokratische Partei entschieden und es bekennt sich zu etwa 90 Prozent zu einer der beiden christlichen Kirchen..... Unsere Partei hat in fast allen Großstädten Mehrheiten, sie stellt die Oberbürgermeister und regiert in vielen Ländern mit Mehrheit und absoluter Mehrheit. Sie kann sich also in genügendem Maße auch auf den Auftrag christlicher Wähler berufen..... Zu diesem Staat gehören Kirchen und Parteien, und es ist selbstverständlich, dass sie in diesem Staat auch ihr Verhältnis zueinander suchen und nach Möglichkeit ordnen müssen. Wir wissen aus der hinter uns liegenden Zeit, dass nicht nur die Parteien, sondern auch die Kirchen eine große Verantwortung für den Staat tragen..... Die Kirchen können von uns erwarten, dass wir sie nicht nur tolerieren wie etwas, mit dem man zwangsläufig leben muß. Die Parteien müssen respektieren, dass die Kirchen nicht nur im seelsorgerischen Bereich, sondern auch in der freien Gesellschaft und in der Demokratie, Aufgaben haben, bei deren Erfüllung sie vom Staat und den politischen Kräften, die ihn repräsentieren, nicht nur Toleranz sondern aktive Hilfe, Förderung und Unterstützung erwarten können..... Im Grundsatzprogramm der SPD heißt es: Die Grundwerte, aus denen die Partei schöpft, sind bestimmt, auch das steht im Grundsatzprogramm, von der christlichen Ethik, dem Humanismus und der klassischen Philosophie. Es gibt also keine Ideologie, die dem Zusammenkommen entgegensteht Viele Christen, die es in der Sozialdemokratie gibt, sind meiner Ansicht nach von einem Komplex befallen..... Sie ducken sich, wenn CDU-Leute voll Überzeugungskraft verwenden, sie seien bessere Christen und Gott dafür danken, dass sie nicht so sind, wie die schlechten Christen in der SPD. Schlimm und schlecht daran ist nur, dass viele Sozialdemokraten davor kapitulieren, und dass mancher Sozialdemokrat, der Christ ist und sein will, darunter leidet. Wir müssen hineingehen, teilhaben und teilnehmen auch am kirchlichen und religiösen Leben und uns nicht damit begnügen, Kirchensteuer zu bezahlen..... Die Kirchen sollten darüber nachdenken, dass eine Hand, die segnet, nicht zu offensichtlich in Berührung kommen darf mit dem, was die Befassung mit der Politik zwangsläufig auch mit sich bringt und darüber, dass ein katholischer Arbeiter, der Sozialdemokrat ist, keine Hemmungen haben

● 0% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

Textstelle (Originalquellen)

Eltern und auch von den Kindern berichtet, wie sehr das Kind sich zum Beispiel auf Kindergeburtstagen und anderen Feiern ausgegrenzt fühlt. Die Kinder spüren deutlich, dass sie nicht so sind wie die

- 6 Entwicklungsbegleitung als therapeu..., 2004, S. 101

PlagiatService
Prüfbericht

15974

14.12.2014

11

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



Textstelle (Prüfdokument) S. 21

darf, nach einem Priester zu rufen weil er das Gefühl haben muß, dass ihm ein politischer Gegner ins Haus kommt."⁴⁸ Die Münchner Rede blieb nicht ohne Folgen. Der Fraktionsvorsitzende der SPD im Deutschen Bundestag, Herbert Wehner, hat sie ungekürzt in viele Hundert Pfarrhäuser in Deutschland geschickt und viele Antworten erhalten. Georg Leber hatte damit das volle Vertrauen des stellvertretenden SPD- Vorsitzenden und Ministers für Gesamtdeutsche Fragen, Herbert Wehner, gewonnen.

47 Nach Munzinger-Archiv/Intern. Biograph. Archiv.: a.a.O., S.1; Nach Reuther, H.: a.a.O., S. 7. Persönliche Befragung Georg Leber am 26.06.1989

48 Nach Leber, G.: a.a.O., S. 7 f.

Textstelle (Originalquellen)

anderen Kinder. In der weiteren Entwicklung manifestiert sich die Einstellung über sich selbst. Kaum etwas, was das Kind tut, wird beachtet oder sogar gelobt. Die

PlagiatService

Prüfbericht

15974

14.12.2014

12

● 0% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit



ProfNet

Institut für Internet-Marketing

Textstelle (Prüfdokument) S. 25

und dem Vatikan. Trotz des Konzils war das immer noch Neuland für die SPD-Politik.⁵² In seiner Regierungserklärung am 28. Oktober 1969, die viele Aussagen aus Lebers Rede enthielt, führte der neu gewählte Bundeskanzler Willy Brandt aus: "Es kann nicht darum gehen, lediglich hinzunehmen, was durch die Kirchen für die Familie, in der Jugendarbeit oder auf dem Sektor der Bildung geleistet wird. Wir sehen die gemeinsamen Aufgaben, besonders da wo Alte, Kranke, körperlich oder geistig Behinderte in ihrer Not nicht nur materielle Unterstützung, sondern auch menschliche Solidarität brauchen. Im Dienst der Menschen nicht nur im eigenen Land, sondern auch in den Entwicklungsländern - begegnet sich das Wirken kirchlicher und gesellschaftlicher Gruppen mit dem politischen Handeln. Wir werden uns ständig darum bemühen, dass sich die begründeten Wünsche der gesellschaftlichen Kräfte und der politische Wille der Regierung vereinen lassen."⁵³ Georg Lebers Wirken, seine katholische Überzeugung und sein klares Bekenntnis dazu sind ursächlich für die Verbreiterung der SPD-Wählerschaft bei den Katholiken.⁵⁴ **Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Karl Lehmann,**⁵⁵ schrieb am 02.10.1995 an Georg Leber zu dessen 75. Geburtstag: "Sehr geehrter Herr Minister Leber! Zu Ihrem 75. Geburtstag am 07. Oktober 1995 übersende ich Ihnen im Namen der deutschen Bischöfe und auch persönlich herzliche Glück- und Segenswünsche. An Ihrem Ehrentag sind wir Ihnen im Gebet und in dankbarem Gedenken an Ihren außergewöhnlichen Dienst und Einsatz verbunden, den Sie in vielen Jahren in herausragenden Ämtern, in Staat, Arbeitswelt und Gesellschaft für unser Land, seine wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung und nicht zuletzt auch als überzeugter Katholik und langjähriges Mitglied des Zentralkomitees der deutschen Katholiken für unsere Kirche geleistet haben. Als ebenso überzeugter Sozialdemokrat wie Verfechter der katholischen Soziallehre ist es Ihnen in Ihrer Person und in Ihrer Politik gelungen, scheinbar Gegensätzliches miteinander zu versöhnen und noch vielfach bestehende Ressentiments, Vorbehalte und Missverständnisse im Verhältnis zwischen Kirchen, Parteien und Gewerkschaften abbauen zu helfen..... Mit besten Grüßen und herzlichen Segenswünschen Ihr Bischof Karl Lehmann."⁵⁶ 2.4. Georg Leber als Bundesminister für Verkehr Im Herbst 1966 gab es einen offenen Konflikt **zwischen den** Koalitionspartnern CDU/CSU und der FDP über den Bundeshaushalt.⁵⁷ Am 27. Oktober 1966 traten die vier FDP-Bundesminister zurück und lösten damit

● 2% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

Textstelle (Originalquellen)

Gesellschaft. Eine Gesellschaft, die allen weltanschaulichen und religiösen Überzeugungen offen sein will, ist auf ethische Impulse angewiesen, die sich im solidarischen Dienst am Nächsten beweisen. **Es kann nicht darum gehen, lediglich hinzunehmen, was durch die Kirchen für die Familie, in der Jugendarbeit oder auf dem Sektor der Bildung geleistet wird. Wir sehen die gemeinsamen Aufgaben, besonders, wo Alte, Kranke, körperlich oder geistig Behinderte in ihrer Not nicht nur materielle Unterstützung, sondern auch menschliche Solidarität brauchen. Im Dienst am Menschen nicht nur im eigenen Land, sondern auch in den Entwicklungsländern begegnet sich das Wirken kirchlicher und gesellschaftlicher Gruppen mit dem politischen Handeln. Wir werden uns ständig darum bemühen, daß sich die begründeten Wünsche der gesellschaftlichen Kräfte und der politische Wille der Regierung vereinen lassen.** Meine Damen und Herren! Diese Regierung geht davon aus, daß die Fragen, die sich für das deutsche Volk aus dem zweiten Weltkrieg und aus dem

ihrer Kirche stärken könnte, die einer Reihe von Beschränkungen unterworfen ist. Benedikt sprach bislang das Verhältnis von Kirche und türkischem Staat aber nicht direkt an. **Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Karl Lehmann,** bezeichnete die Reise von Papst Benedikt XVI. in die Türkei als Erfolg. Dem "Reutlinger digung **zwischen den** Kulturen, zwischen Christentum und Islam darstellt". Zugleich wies Lehmann

- 7 Willy Brandts Regierungserklärung, ..., 1969, S.
- 8 class gs ctg2 von rsu.edu.rursu.edu..., 1052, S. 144

PlagiatService
Prüfbericht

15974

14.12.2014

13

Textstelle (Prüfdokument) S. 28

Textstelle (Originalquellen)

PlagiatService

Prüfbericht

15974

14.12.2014

14

52 Vgl. Herles, H.:a.a.O, S. 114.

53 Nach Leber, G.: a.a.O., S. 8 f.

54 Persönliche Befragung Dr. Herbert Ehrenberg (SPD), Bundesminister a.D., am 11.05.2005.

55 Bischof Karl Lehmann wurde 2004 zum Kardinal ernannt und ist weiterhin Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz.

56 Brief des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Karl Lehmann, an Georg Leber vom 02.10.1995, Privatarchiv Georg Leber.

57 Vgl. Politische Zeittafel 1949-1979, S. 141.

● 0% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit



ProfNet

Institut für Internet-Marketing

Textstelle (Prüfdokument) S. 28

sich CDU/CSU und SPD auf die Regierungsbildung der "Großen Koalition" mit Kurt Georg Kiesinger (CDU) als Bundeskanzler und dem damaligen Regierenden Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt (SPD), als dessen Stellvertreter.⁶¹ Im Vorfeld der Koalitionsverhandlungen 1966 **zwischen der SPD und der CDU/CSU** nahm auch Georg Leber als Angehöriger des Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Vorstands der SPD und der Fraktion teil. Als man sich nach langen Verhandlungen auf eine große Koalition geeinigt hatte, sollte anschließend Leber im Rahmen seiner

61 Vgl. Baring, A.: Machtwechsel, S. 769; Politische Zeittafel 1949-1979, S. 142.

Textstelle (Originalquellen)

also 1976 im Bundesma stab wieder auf ihr traditionelles Potential: die protestantischen Arbeiter. Dieses Wahlverhalten macht einmal mehr deutlich: Wenn liberhaupt, dann finden Wiihlerbewegungen von Arbeitern **zwischen der SPD und der CDU/CSU** statt (⁴⁶). Auch die Veranderungen unter den AngesteUten und Beamten waren vom konfessionellen Faktor beherrscht. Denn auch in dieser Gruppe muBte die SPD unter Katholiken erhebliche

- 9 Prokla 26, 1976, S. 139

● 4% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

15974

14.12.2014

15

Textstelle (Prüfdokument) S. 30

mich zu stellen habe, sondern dann gilt das in eben demselben Maße wohl auch für Dich! Wie lautet Deine Antwort?"⁶⁵ Georg Leber konnte gar nicht anders, er musste ja sagen.⁶⁶ Am 1. Dezember 1966 wählte der Bundestag **Kurt Georg Kiesinger (CDU) zum neuen Bundeskanzler**. Die 19 Ministerressorts wurden 10 (7 CDU/ 3 CSU) zu 9 (SPD) unter den Koalitionspartnern aufgeteilt.⁶⁷ Georg Leber gehörte als einer der Wegbereiter der "Großen Koalition" ab 1. Dezember 1966 als Bundesverkehrsminister dem Kabinett Kiesinger/ Brandt an. Er löste den CDU-Verkehrsminister

⁶⁵ Nach Leber, G.: Vom Frieden, S. 133

⁶⁶ Persönliche Befragung Georg Leber am 26.06.1989.

⁶⁷ Vgl. Politische Zeittafel 1949-1979, S. 142; Baring, A.: a.a.O., S. 769.

Textstelle (Originalquellen)

Kiesinger und Vizekanzler Willy Brandt. 30. November 1966 Bundeskanzler Erhard reicht sein Rücktrittsgesuch ein und verabschiedet sich mit einer Fernsehansprache von der Öffentlichkeit. 1. Dezember 1966 Der Bundestag wählt **Kurt Georg Kiesinger (CDU) zum neuen Bundeskanzler**. Kanzlerwechsel Brandt/Schmidt (1974*) 24./25. April 1974 In Bonn werden Günter Guillaume aus dem Mitarbeiterstab des Bundeskanzlers und seine Ehefrau Christel wegen des Verdachts der Spionage für die

- 10 Peter Schindler: Datenhandbuch zur ..., 1999, S. 25

● 1% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

15974

14.12.2014

16

Textstelle (Prüfdokument) S. 37

an seinem Plan konnte Georg Leber bei der Gesundung des deutschen Verkehrswesens Erfolge feststellen. Ein beträchtlicher Teil des Frachtaufkommens wurde von der Straße auf die Schiene verlagert. Das von ihm angestrebte 'Tempo 100' auf Autobahnen wurde am 16. März 1972 mit der "Verordnung über die versuchsweise Begrenzung der Höchstgeschwindigkeit" von ihm unterzeichnet. Diese Verordnung und die Senkung der Alkoholpromillegrenze reduzierten die Zahl der Verkehrstoten auf bundesdeutschen Straßen um 5.000 in zwei Jahren.⁷⁶ Der Erfolg gab dem Minister Recht und bedeutete eine Weichenstellung für die Zukunft.

⁷⁶ Vgl. Witter, B.: a.a.O., S. 48; Reuther, H.: a.a.O., S. 10; Hermann, L.ia.a.O., S. 11 f; Auch

Textstelle (Originalquellen)

und der Teilnahme am Arbeitsprozess verzeichnet werden.²⁵⁰ Die Folge eines derartig positiven Ergebnisses war, dass am 09. Oktober 1998 die heroingestützte Behandlung mit dem "dringlichen Bundesbeschluss" und am 08. März 1999 mit der "Verordnung über die ärztliche Verschreibung von Heroin" ein fest verankerter Bestandteil der 4-Säulenpolitik (Prävention, Therapie, Schadensverminderung, Repression) der Schweiz wurde und heute in verschiedenen schweizer Städten heroingestützte Behandlungen

- 11 Sucht- und Drogenpolitik im interna..., 2005, S. 106

● 1% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

15974

14.12.2014

17

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



Textstelle (Prüfdokument) S. 39

Bekanntwerden des Wahlergebnisses war die SPD die stärkste Partei.⁷⁷ Einen Tag später meldete die SPD ihren Regierungsanspruch an. Der SPD-Vorsitzende und amtierende Bundesaußenminister, Willy Brandt, unterstrich in einer Erklärung die **klare Absicht** seiner Partei, **die Führung der Bundesregierung zu übernehmen und** diese neue Bundesregierung mit der FDP **zu bilden**.⁷⁸ Nach Abschluß der Koalitionsverhandlungen am 15. Oktober 1969 - die FDP hatte am 3. Oktober beschlossen, eine Koalition mit der SPD einzugehen - wurde am 21. Oktober 1969 Willy Brandt vom Bundestag zum neuen

⁷⁷ Nach Politische Zeittafel 1949-1979, S. 340: Nach den Wahlen ergab sich für die Parteien des Sechsten Deutschen Bundestags folgende Sitzverteilung: SPD 224, CDU 193, CSU 49, FDP 30.

⁷⁸ Ebenda, S. 164 und 169 f.

Textstelle (Originalquellen)

Erklärungen zugestimmt und sie gebilligt, die ich in der Wahlnacht und gestern früh abgegeben habe, Erklärungen, in denen die **klare Absicht** der SPD unterstrichen wird, **die Führung der Bundesregierung zu übernehmen und** mit den Freien Demokraten diese Regierung **zu bilden**. Der Parteirat wird eingeladen, dieser Feststellung oder diesem Beschluß des Parteivorstandes von gestern, wenn er dies will,

- 12 VIERTELJAHRSHEFTE F, 1998, S. 544

● 1% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

15974

14.12.2014

18



ProfNet

Institut für Internet-Marketing

Textstelle (Prüfdokument) S. 42

er mit Unterstützung von Willy Brandt und Herbert Wehner, dass die Entschließungen zur Steuerreform nur Bruchstücke der Veränderungsideen enthielten. Durch seinen offenen Widerstand kam es zwischen ihm und den Delegierten zum Bruch. Besonders Helmut Schmidt **nahm kein Blatt vor den Mund und** kritisierte ihn schwer. Karl Schiller hatte **"so gut wie jeden Kontakt zur Parteibasis verloren."**⁸⁵ In der Kabinettsitzung am 16.05.1972 kam es zum offenen Streit zwischen Karl Schiller und den anderen Ministerkollegen. Die Kabinettsrunde war aufs äußerste gereizt. Drei Wochen vorher war gerade der Versuch Rainer Barzels gescheitert, durch ein konstruktives

⁸⁵ Ebenda, S. 667; Vgl. Frankfurter Rundschau vom 20.11.1971.

Textstelle (Originalquellen)

Partei ein, 1942 wurde er Mitglied der Widerstandsbewegung. Seit 1945 war Losonczy, ein intelligenter, kultivierter Mann, Redakteur der Parteizeitung und zeichnete sich durch dynamische Berichterstattung aus. Er **nahm kein Blatt vor den Mund und** hatte den durchdringenden Blick des geborenen Anführers, obgleich seine äußere Erscheinung nicht darauf schließen ließ. Er wirkte eher nichtssagend, war glattrasiert und trug eine Brille,

- 13 Aufstand in Ungarn, 1981, S. 90

● 1% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

15974

14.12.2014

19

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



Textstelle (Prüfdokument) S. 46

Probleme gäbe, hätte man mich nicht geholt." ⁹⁸ 3. Georg Leber als Bundesminister der Verteidigung 3.1. Sicherheit und Verteidigung Die Bundeswehr hat die Aufgabe, die äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der NATO zu gewährleisten. Ihre Aufgabe ist es, den Frieden zu erhalten und Kriege zu verhüten. Gemäß den Verpflichtungen des NATO-Bündnisses muß sie in der Lage sein, gemeinsam mit den Alliierten das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland und das anderer Bündnispartner zu verteidigen. Der Frieden und die Sicherheit hängen in Europa von drei Faktoren ab: von dem weltweiten Gleichgewicht der beiden Großmächte, den Vereinigten Staaten von Amerika und der Sowjetunion, dem Kräfte- Verhältnis auf dem europäischen Kontinent und dem verlässlichen Zusammenhang von regionaler und globaler Abschreckung durch das Atlantische Bündnis.⁹⁹ Der Begriff "Sicherheitspolitik" definiert sich nach dem Sachwörterbuch für Politik von Reinhart

98 Nach Jacobs, V.: gefragt: Georg Leber, S. 77

99 Nach Wehrestrukturkommission der Bundesregierung: Die Wehrstruktur in der Bundesrepublik Deutschland 1972/1973, S. 45 f.

Textstelle (Originalquellen)

ein Friedensernstfall, wenn nicht gar der Ernstfall des Friedens überhaupt. Zu Recht betont deshalb auch der Bundespräsident: "Die größte Herausforderung, vor der die Völkergemeinschaft steht" ist es: "Den Frieden zu erhalten und Konflikte vorzubeugen."¹²¹ "Wir müssen den Ursachen für Spannungen und Konflikte zu Leibe rücken, bevor daraus Kriege und Bürgerkriege entstehen."¹²² "Wir müssen durch vorbeugende Politik die

zu dem aufgehobenen ⁵ 5 U5 durch Rechtsprechung und Literatur entwickelten Gesichtspunkte weiterhin wichtige Hinweise. ⁵ 563 ¹ 1 Der Ausnahmecharakter des § 119 liegt darin, daß er über den sonstigen ¹ Geltungsbereich des Ges., d. h. das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland und ¹ das Land Berlin (s. § 152), unmittelbar hinauswirkt. Grundsätzlich obliegt die ¹ Fürsorgepflicht, dem Territorialitätsprinzip entsprechend, den für den Aufenthalt des FIS zuständigen Stellen im Ausland, nicht den Heimatbehörden; diese ¹

- 14 Zehn Ernstf, 2000, S.
- 15 Gottschick, H./Giese, D.: Das Bunde..., 1985, S. #P

● 7% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

15974

14.12.2014

20

Textstelle (Prüfdokument) S. 49

gemeinsam auf dem Wege über zwei- oder mehrseitige Verhandlungen und Vereinbarungen getroffen werden." (z.B. SALT)¹⁰⁴ Die einzelnen Komponenten greifen stark ineinander über und/oder sind Folgeerscheinungen vorheriger Situationen oder Entscheidungen. Der Begriff "äußere Sicherheit" definiert sich "aus der Vorsorge gegen Eingriffe von außen, die mit Androhung oder Anwendung insbesondere militärischer Gewalt die Entschlußfähigkeit der Regierung, die Entscheidungsfähigkeit des Parlaments, die eigenständige Entwicklung der Gesellschaft oder die Existenz des Staates oder der ihm angehörenden Menschen gefährden."¹⁰⁵ Während es bei der Sicherheitspolitik um die Zieldiskussion geht, wie man von außen kommenden Gefahren z.B. durch militärischen Druck oder Angriff begegnen kann, geht es bei der Verteidigungspolitik um die verteidigungspolitischen Mittel, Aufwendungen und Aktivitäten, die

104 Ebenda, S. 4 ff; SALT: Strategie Arms Limitation Talks = Gespräche über eine Begrenzung der nuklear-strategischen Waffen.

105 Vgl. Woyke, W. (Hrsg.): Handwörterbuch Internationale Politik, S. 197 ff, 294 ff, 343 ff.

Textstelle (Originalquellen)

Sicherheit bezieht sich auf Gefahren, die von innen auf eine Gesellschaft oder einen Staat einwirken, **äußere Sicherheit definiert sich** entsprechend aus der Abwesenheit von (bzw. **aus der Vorsorge gegen**) **Eingriffe(n) von außen**" (Lutz 1991, S. 602). Auf die beiden in der folgenden Argumentation noch wichtigen Komponenten des Sicherheitsbegriffs, nämlich subjektiv und objektiv, geht auch Meyers ein (1994, S. 43f): Sicherheit scheine als Kürzel

- 16 Huntingtons These vom, 2001, S. 84

● 0% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

15974

14.12.2014

21

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



Textstelle (Prüfdokument) S. 52

lag ausschließlich bei den drei westlichen Besatzungsmächten. Aber schon kurz nach Kriegsende waren die Westmächte unter der Führung der Vereinigten Staaten bereit, Adenauers Politikstreben nach Souveränität zu unterstützen.¹¹⁰ Der amerikanische Außenminister Dulles erklärte am 31. August 1954: "Die westlichen Nationen sind es der Bundesrepublik schuldig, schnellstens alles in ihrer Macht stehende zu tun, um der Bundesrepublik die Souveränität und ihr die Möglichkeit zu geben, einen Beitrag zum internationalen Frieden und zur internationalen Sicherheit zu liefern....Die Bundesrepublik sollte ihren Platz als freies und gleichberechtigtes Mitglied in der Gemeinschaft der freien Nationen einnehmen."¹¹¹ Dieses Ziel konnte mit den Pariser Verträgen, dem Deutschlandvertrag und dem Beitritt der Bundesrepublik zur NATO 1955 erreicht werden. Die deutsche Sicherheit bewegte sich aber in den 50er Jahren in dem Rahmen, den die amerikanischen Verbündeten vorgaben.¹¹² Erst in den 60er Jahren trat ein Wandel ein, und nach Beendigung des Kalten Krieges gelang es der Bundesrepublik, eigene sicherheitspolitische Vorstellungen zu entwickeln und diese gegenüber den Verbündeten in der NATO und den Staaten des Warschauer Paktes zu vertreten.¹¹³

110 Vgl. Pöttering, H. G.: Adenauers Sicherheitspolitik 1955-1963, S. 17 ff; Schwarz, H.-P.: Handbuch der deutschen Außenpolitik, S. 241.

111 Nach Boysen, S. E.: Sicherheitspolitische Entscheidungsprozesse im Bundesministerium der Verteidigung, S.7.

112 Vgl. Schatz, H.: Der parlamentarische Entscheidungsprozeß, S. 21.

113 Vgl. Baudissin, W. Graf von. Die NATO als Organisationsrahmen westdeutscher Sicherheitspolitik, in: Schwarz, H.-P. (Hrsg.): Handbuch der deutschen Außenpolitik, S. 497-505;

● 1% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

Textstelle (Originalquellen)

Souveränität bringen. Das Wirksamwerden dieses Vertrages hing jedoch vom Inkrafttreten des K\r\n-\r r rraj K flfr, znr Problematik dieses Zusammenhanges bemerkte Dulles in seiner Erklärung vom 31. August 1954: "Die westlichen Nationen sind es der Bundesrepublik Deutschland schuldig, schnellstens alles in ihrer Macht stehende zu tun, um der Bundesrepublik die Souveränität und ihr die Möglichkeit zu geben, einen Beitrag zum internationalen

Jahr mit seiner Zustimmung zum Auslandhilfeprogramm für Europa verknüpft hätte. An uns Deutsche gewandt, führte Dulles aus: "Die westlichen Nationen sind es der Bundesrepublik Deutschland schuldig, schnellstens alles in ihrer Macht stehende zu tun, um der Bundesrepublik die Souveränität und ihr die Möglichkeit zu geben, einen Beitrag zum internationalen Frieden und zur internationalen Sicherheit zu liefern. Der Deutschlandvertrag, der die Gewährung der Souveränität an Deutschland vorsieht, hängt seinen Bestimmungen gemäß mit dem Inkrafttreten der EVG zusammen. Es wäre unvorstellbar, daß das ohne Zutun Deutschlands zustande gekommene Scheitern der EVG jetzt als Entschuldigung benutzt werden sollte, Deutschland dafür nachteilig

die mit außenpolitischen Ereignissen in Zusammenhang gebracht werden können. So nahm zum einen die Bekanntheit zwischen Februar und August sammenhang mit der Unterzeichnung der Deutschlandverträge und dem Beitritt der Bundesrepublik zur NATO im Mai 1955 - also zwischen den beiden Erhebungszeitpunkten von Februar und August - zurückzuführen. Das zweite Ereignis, welches den Bekanntheitsgrad der NATO gefördert hat, ist möglicherweise Chruschtschows

- 17 Pöttering, Hans-Gert: Die verteidigungspolitische Konzept..., 1974, S. 22
- 18 Erinnerungen 1945-1953 - Konrad Ade..., 1980, S. 297
- 19 www publication 1998 - Rattinger, 2001, S. 40

PlagiatService
Prüfbericht

15974

14.12.2014

22

Textstelle (Prüfdokument) S. 53

den Verbündeten in der NATO und den Staaten des Warschauer Paktes zu vertreten.¹¹³ Die deutsche Politik nach dem zweiten Weltkrieg bezog sich ausschließlich auf den Begriff 'Verteidigungspolitik'. Im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland steht in **Artikel 26: 1) Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen. (2) Zur Kriegsführung bestimmte Waffen dürfen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.**¹¹⁴ Auch in Europa gab es Anfang der siebziger Jahre Ansätze für den Abbau der Spannungen zwischen Ost und West. Zum Durchbruch dieser Entspannungspolitik im Verhältnis zum Osten kam es 1969, als die neue, von SPD und FDP gebildete Regierung beschloß, eine eigene Ostpolitik zu betreiben. Bundeskanzler Brandt und Außenminister Scheel waren entschlossen, den westdeutschen Sonderkonflikt

¹¹³ Vgl. Baudissin, W. Graf von. Die NATO als Organisationsrahmen westdeutscher Sicherheitspolitik, in: Schwarz, H.-P. (Hrsg.): Handbuch der deutschen Außenpolitik, S. 497-505;

¹¹⁴ Nach Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Textausgabe, Stand Juli 1998, S. 24.

Textstelle (Originalquellen)

Die allgemeinen Regeln des Völkerrechtes sind Bestandteil des Bundesrechtes. Sie gehen den Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes. **Artikel 2" (1) Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen. (2) Zur**

vom 21. 12. 1983: Artikel 21) Gesetz über die politischen Parteien (Parteiengesetz) vom 24. Juli 1967 (BGBl. I S. 773) Artikel 26 [Verbot der Vorbereitung eines Angriffskrieges] (1) Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, **das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen. (2) Zur Kriegsführung bestimmte Waffen dürfen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr**

gerichteten völkerrechtlichen Vereinbarungen. (2) Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges **vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen. (3) Zur Kriegsführung bestimmte Waffen dürfen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden.** Die Herstellung, Lagerung, Beförderung, Aufstellung oder Anwendung von atomaren, bakteriologischen, chemischen oder anderen Massenvernichtungsmitteln ist verboten. Ihre Planung und Entwicklung sowie darauf

Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen. (2) Zur Kriegsführung bestimmte Waffen dürfen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr **gebracht werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.** Zu Abs. 1: vgl. §§ 80, 80a StGB; Gesetz über den Beitritt zur Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermords vom 9. August 1954 (BGBl. II S. 729) Zu Abs. 2: Gesetz über die

- 20 Die deutschen Verfassungen des 19. ..., 1971, S. 126
- 10 Peter Schindler: Datenhandbuch zur ..., 1999, S.
- 21 Bericht der Gemeinsamen Verfassungs..., 1993, S.
- 10 Peter Schindler: Datenhandbuch zur ..., 1999, S.

● 17% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

Textstelle (Prüfdokument) S. 54

Verteidigungspolitik. Eine konstruktive Mitarbeit der Bundesrepublik im Entspannungsprozeß war erst möglich, nachdem das westliche Bündnis im Harmel-Bericht¹¹⁶ den Widerspruch zwischen Verteidigungsfähigkeit und Entspannungsbereitschaft zugunsten eines Sicherheitskonzeptes aufgehoben hatte, welches militärische und politische Elemente integrierte. **Militärische Sicherheit und eine Politik der Entspannung** stellten **keinen Widerspruch, sondern eine gegenseitige Ergänzung** dar.¹¹⁷ Zwei der engsten Verbündeten der Bundesrepublik, die Vereinigten Staaten von Amerika und Frankreich, begannen Ende 1965 ihre West- Ost-Beziehungen zu intensivieren. Paris wollte zu engen Bindungen zwischen der Bundesrepublik und den USA entgegenwirken.¹¹⁸ Ihre Politik einer Annäherung an die osteuropäischen Staaten machte die französische Regierung **auf der Grundlage des territorialen Status quo**. Das Ausscheiden Frankreichs aus der NATO und die in den USA verstärkt erhobenen Forderungen nach einer Reduzierung des Engagements in Europa warfen aber die Frage nach der Zukunft des Atlantischen Bündnisses auf.¹¹⁹ Die Ziele der

116 Vom NATO-Rat im Dezember 1967 verabschiedete Leitsätze über die künftigen Aufgaben der Allianz; Vgl. Haftendom, H.: a.a.O., S. 206.

117 Ebenda.

118 Vgl. Haftendom, H: Sicherheit und Entspannung, S. 207 f.

119 Vgl. Haftendom, H.: Sicherheit und Entspannung, S. 207 f.

Textstelle (Originalquellen)

Friedlichen Koexistenz".⁶⁵ Der Harmelbericht⁶⁶, der die künftigen Aufgaben der NATO im Rahmen der Friedenssicherung der NATO untersuchte, kam in diesem Zusammenhang zu dem Schluß, daß **militärische Sicherheit und eine Politik der Entspannung** nicht zu einander im Widerspruch standen, sondern sich gegenseitig ergänzten und damit parallel zueinander durchgeführt werden konnten. Die daraufhin eingeleiteten Maßnahmen der Entspannung zwischen Ost

berufen? Sein Lebenselixier war die Aussage in Ziff. 5, nach der das Bündnis zwei Funktionen hat, militärische Sicherheit und eine Politik der Entspannung, und daß diese **keinen Widerspruch, sondern eine gegenseitige Ergänzung** darstellten. Mit der Berufung auf diese Formel konnten sowohl ost- und entspannungspolitische Initiativen für vereinbar mit einer weiterhin auf Abschreckung und Verteidigung gestützten Sicherheitspolitik erklärt

Rechte in Sinn hatte. Ganz im Gegenteil, sie drängte die Westmächte, sie konsequent wahrzunehmen und Berlin-Gespräche zu führen. Denn ein Gewaltverzichtsvertrag mit der Sowjetunion **auf der Grundlage des territorialen Status quo** war für die Bundesrepublik politisch nur etwas wert, wenn die sowjetische Führung im Gegenzug bereit war, West-Berlin eine sichere Perspektive zu geben.⁴⁹ Ob die

- 22 Die europäische Sicherheitsarchitek..., 2002, S. 37
- 23 Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 1992, S. 220
- 24 class gs ctg2 von csce-1975.netcsce..., 2003, S.

PlagiatService

Prüfbericht

15974

14.12.2014

24



2% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

Textstelle (Prüfdokument) S. 57

eine Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) gab es Übereinstimmung. Die Bundesregierung war an der neuen europäischen Aktivität im Bündnis entscheidend beteiligt.¹²⁴ Am 3. Dezember 1970 richtete der amerikanische Präsident folgende Botschaft an den Nordatlantikrat: "Wir sind uns darin einig, dass die konventionellen Streitkräfte der NATO nicht nur beibehalten, sondern in bestimmten entscheidenden Bereichen verstärkt werden müssen. Vorausgesetzt, daß unsere Verbündeten ähnlich handeln, werden die Vereinigten Staaten ihre eigenen Streitkräfte in Europa beibehalten und verbessern und werden sie nicht verringern, sofern unsere Gegner keine entsprechende Gegenleistung erbringen."¹²⁵ Der Schutz der USA und die Präsenz ihrer Truppen waren für die Sicherheit Westeuropas unentbehrlich. Die westeuropäischen Staaten wären nicht imstande gewesen, das amerikanische Engagement in Europa zu ersetzen. Nur mit der amerikanischen Hilfe konnte

124 Vgl. Weißbuch 1971/1972, S. 6 f.

125 Nach Weißbuch 1971/1972, S. 7.

Textstelle (Originalquellen)

Asien, von Japan bis Indien, an die Wand, falls sich Amerika nicht zur Verteidigung entschliesse. Wie einer seiner Zuhörer berichtete, hinterließ Dulles den Eindruck, daß die Vereinigten Staaten ihre eigenen Streitkräfte in dem Konflikt einsetzen müßten, falls es ihnen nicht gelänge, die Franzosen in der Schlachtlinie zu halten. Dieser Eindruck vermittelte sich auch dem Vizepräsidenten Nixon, der

- 25 Die Torheit der Regierenden, 1984, S. 208

● 0% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

15974

14.12.2014

25

Textstelle (Prüfdokument) S. 58

das Gegengewicht zur Sowjetunion und zum Warschauer Pakt gebildet werden.¹²⁶ Bundesminister Georg Leber (Verkehr/Post/Fernmeldewesen) stand als Vertreter des Bundesministers der Verteidigung, Helmut Schmidt, voll hinter den Ausführungen von Schmidt. Für Leber war die **Zusammenarbeit mit den USA und der NATO** lebenswichtig für die Bundesrepublik.¹²⁷ Seine persönlichen guten Kontakte zu den USA und zu den Bündnispartnern halfen manche Meinungsverschiedenheiten auszuräumen. **"Helmut Schmidt wusste, dass Georg Leber voll hinter ihm stand."**¹²⁸ 3.1.3. Der bundesdeutsche Verteidigungshaushalt Frieden, Freiheit und Sicherheit kosten Geld. Der Preis dafür sind die Verteidigungsausgaben. Der bundesdeutsche Verteidigungshaushalt finanziert den Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik Deutschland zum Atlantischen Bündnis. Bemessen wird dieser Beitrag nach der militärischen Bedrohung

126 Ebenda; Persönliche Befragung Georg Leber am 26.06.1989.

127 Persönliche Befragung Georg Leber am 26.6.1989.

128 Persönliche Befragung Staatssekretär a.D. Dr. Walter Stützte am 18.3.2005.

Textstelle (Originalquellen)

nachvollziehbarer darzulegen; so gesehen wollte Paris Ernst machen mit der Übernahme von Verantwortung bei der Regelung von Konflikten in Gesamteuropa .26 Die französische Bereitschaft zu praktischer **Zusammenarbeit mit den USA und der NATO** in verschiedenen Phasen des Kriegsgeschehens im ehemaligen Jugoslawien hat die Resonanz auf die französischen Initiativen ebenso gefördert wie die Bereitschaft der Clinton Administration, Ansätze zur

- 26 POLITISCHE STUDIEN 367, 1999, S. 119

● 1% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

15974

14.12.2014

26

Textstelle (Prüfdokument) S. 66

Zusammensetzung der Verteidigungsausgaben Verteidigungshaushalt 1970 bis 1976 30 26,8 5_ - 24.3 (Quelle Weißbuch 1975/1976) 3.1.4. Oer Bundesminister der Verteidigung Aus den Artikeln 62, 65, und 65a des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland ergibt sich die verfassungsrechtliche Stellung des Bundesministers der Verteidigung. Nach Art. 62 GG besteht die Bundesregierung aus dem Bundeskanzler und aus den Bundesministern. 135 Der Art. 65 GG lautet: "Der Bundeskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik und trägt dafür die Verantwortung. Innerhalb dieser Richtlinien leitet jeder Bundesminister seinen Geschäftsbereich selbstständig und unter eigener Verantwortung. Über Meinungsverschiedenheiten zwischen den Bundesministern entscheidet die Bundesregierung. Der Bundeskanzler leitet ihre Geschäfte nach einer von der Bundesregierung beschlossenen und vom Bundespräsidenten genehmigten Geschäftsordnung." Der Art. 65a GG regelt die Befugnisse des Bundesministers der Verteidigung: (1)

Textstelle (Originalquellen)

einstweilige Anordnung kann es nach der Erhebung der Anklage bestimmen, daß er an der Ausübung seines Amtes verhindert ist. VI. Die Bundesregierung Art. 62 Die Bundesregierung besteht aus dem Bundeskanzler und aus den Bundesministern. Art. 63 (1) Der Bundeskanzler wird auf Vorschlag des Bundespräsidenten vom Bundestage ohne Aussprache gewählt. (2) Gewählt ist, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages auf

des Bundeskanzlers vom Bundespräsidenten ernannt und entlassen. (2) Der Bundeskanzler und die Bundesminister leisten bei der Amtsübernahme vor dem Bundestage den in Artikel 56 vorgesehenen Eid. Art. 65 Der Bundeskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik und trägt dafür die Verantwortung. Innerhalb dieser Richtlinien leitet jeder Bundesminister seinen Geschäftsbereich selbstständig und unter eigener Verantwortung. Über Meinungsverschiedenheiten zwischen den Bundesministern entscheidet die Bundesregierung. Der Bundeskanzler leitet ihre Geschäfte nach einer von der Bundesregierung beschlossenen und

und der Bundesminister, Geschäftsverteilung] Der Bundeskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik und trägt dafür die Verantwortung. Innerhalb dieser Richtlinien leitet jeder Bundesminister seinen Geschäftsbereich selbstständig und unter eigener Verantwortung. Über Meinungsverschiedenheiten zwischen den Bundesministern entscheidet die Bundesregierung. Der Bundeskanzler leitet ihre Geschäfte nach einer von der Bundesregierung beschlossenen und vom Bundespräsidenten genehmigten Geschäftsordnung. Artikel 65 a [Befehls- und Kommandogewalt] Der

der Politik und trägt dafür die Verantwortung. Innerhalb dieser Richtlinien leitet jeder Bundesminister seinen Geschäftsbereich selbstständig und unter eigener Verantwortung. Über Meinungsverschiedenheiten zwischen den Bundesministern entscheidet die Bundesregierung. Der Bundeskanzler leitet ihre Geschäfte nach einer von der Bundesregierung beschlossenen und vom Bundespräsidenten genehmigten Geschäftsordnung." Der Artikel enthält die drei Prinzipien, die für die Arbeitsweise und Stellung der Bundesregierung bestimmend sind: Es sind das Kanzlerprinzip, das Ressortprinzip und das

- 27 Kommentar zum Grundgesetz unter Mit..., 1999, S. 28
- 28 Grundgesetz und Landesverfassung Eu..., 2000, S. 36
- 29 Ausbau der Hausmacht im Bundeskanz..., 2000, S. 10

PlagiatService

Prüfbericht

15974

14.12.2014

27



4% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

Textstelle (Prüfdokument) S. 66

Der Bundesminister für Verteidigung hat die Befehls- und Kommandogewalt über die Streitkräfte.¹³⁶ Da die Befehls- und Kommandogewalt verfassungsrechtlich eine Sonderbefugnis ist, hat der Bundesverteidigungsminister eine größere Machtfülle als die anderen Minister.¹³⁷ Das Vorhandensein dieser Sonderbefugnis wurde in einen getrennten Grundgesetzartikel Nach Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Textausgabe,

136 Ebenda.

137 Vgl. Hornung, K.: Staat und Armee. Studien zur Befehls- und Kommandogewalt und zum politisch-militärischen Verhältnis in der Bundesrepublik Deutschland, Mainz 1975, S. 88.

Textstelle (Originalquellen)

Kabinettsprinzip.

Über Meinungsverschiedenheiten zwischen den Bundesministern entscheidet die Bundesregierung. Der Bundeskanzler leitet ihre Geschäfte nach einer von der Bundesregierung beschlossenen und vom Bundespräsidenten genehmigten Geschäftsordnung. Art. 65a Der Bundesminister für Verteidigung hat die Befehls- und Kommandogewalt über die Streitkräfte. Art. 66 Der Bundeskanzler und die Bundesminister dürfen kein anderes besoldetes Amt, kein Gewerbe und keinen Beruf ausüben und

- 27 Kommentar zum Grundgesetz unter Mit..., 1999, S. 29

● 1% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

15974

14.12.2014

28

Textstelle (Prüfdokument) S. 66

verfassungsrechtlich eine Sonderbefugnis ist, hat der Bundesverteidigungsminister eine größere Machtfülle als die anderen Minister.¹³⁷ Das Vorhandensein dieser Sonderbefugnis wurde in einen getrennten Grundgesetzartikel Nach Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Textausgabe, Stand: Juli 1998, S. 40. Art. 65 a GG wurde eingeführt **durch Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes vom 19.3.1956**, aufgenommen, denn sie geht im Verteidigungsfall gemäß Art. 115b auf den Bundeskanzler über.¹³⁸ Wegen dieser Fülle und des Gewichtes seiner Aufgaben ist der Bundesverteidigungsminister nicht mit den anderen Ministern auf eine Stufe zu stellen. Er und

¹³⁷ Vgl. Hornung, K.: Staat und Armee. Studien zur Befehls- und Kommandogewalt und zum politisch-militärischen Verhältnis in der Bundesrepublik Deutschland, Mainz 1975, S. 88.

¹³⁸ Vgl. Maizer, T.J. de.: Merkmale militärischer Planung, in: ders.: Bekenntnis zum Soldaten, S. 76 ff.

Textstelle (Originalquellen)

durch Art. 5 Abs. 2 Deutschland-Vertrag eingeschränkt wurde, die aber in dieser Einschränkung die Regelung der Notstandsverfassung als Aufgabe rechtfertigen sollte. In das Grundgesetz wurden aber **durch Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes vom 26.3.1954** Art. 73 Ziffer 1, 79 Abs. 1 Satz 2, 142 a GG, die die Grundlage für die Einführung der Wehrpflicht und Schaffung der Bundeswehr schufen, eingefügt²⁰. Die Entwicklung, im Verlauf derer "beide (sc.

- 30 Das Argument 25, 1963, S. 50

● 4% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

15974

14.12.2014

29

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



Textstelle (Prüfdokument) S. 88

vierteljährlich zusätzlich 10.000 junge Soldaten ausgebildet werden. Das unterstrich zugleich die Wichtigkeit der Inneren Führung beim Heer. Im September 1972 konnte mit der Herausgabe der ZDv 10/1, der Vorschrift über Innere Führung, den Führern und Unterführern ein praxisnahes **Hilfsmittel in die Hand gegeben werden, um** mit der Truppe realistisch arbeiten zu können. Verteidigungsminister Georg Leber richtete zum Schluß seiner Informationsreise bei der Panzergrenadierbrigade 13 an die angetretenen Soldaten folgende Worte: "**Zur stetigen weiteren Verbesserung der Lage des Heeres, besonders bei den Kampfverbänden, erscheinen mir folgende Abschnitte wesentlich: weitere Förderung der Verteidigungsbereitschaft der jungen Soldaten, - organisatorischer Ausgleich des Verhältnisses Personal zu Material im Großen und in den einzelnen Einheiten und Verbänden, - Gewinnung von ausreichendem Nachwuchs und Verbesserung von Personalstruktur und -planung, - Rationalisierung und Spezialisierung der Ausbildung, ihrer Methoden und des Dienstbetriebes. Mein Ziel ist es, die von meinem Vorgänger Helmut Schmidt begonnene Arbeit kontinuierlich fortzuführen und das Erreichte zu konsolidieren. Es stehen unmittelbar an: - Die Neuerung der Bildung und Ausbildung und - die Erhaltung und Verbesserung der Effektivität und Attraktivität der Bundeswehr. Das sind zugleich die wichtigsten Ziele für das Heer. Ich darf erwarten, dass mich jeder an seinem Platz dabei unterstützt.**"¹⁷⁷ Seinen zweiten Truppenbesuch nach der Amtsübernahme als Bundesminister der Verteidigung führte Georg Leber beim Jagdbombergeschwader 32 auf dem Fliegerhorst Lechfeld am 28. Juli 1972 durch.¹⁷⁸ Wie zuvor beim Heer, erläuterte er auch der Luftwaffe seine Vorstellungen von deren

177 Nach: Bulletin vom 25. Juli 1972, Nr. 107/ S. 1389ff.

178 Vgl. Bulletin vom 1. August 1972, Nr. 109/ S. 1405f.

● **4%** Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

Textstelle (Originalquellen)

in der Praxis verfügbar gemacht wer- Thomeczek.qxd 18.07.2002 14:36 Seite 40 41 den. Es nützt wenig, wenn Leitlinien in einem entsprechenden Fachmagazin veröffentlicht werden, dem Anwender jedoch keine **Hilfsmittel in die Hand gegeben werden, um** diese Leitlinien für seine praktische Arbeit auch umzusetzen. Prioritäten, die nach dem Positionspapier von BÄK, KBV, DKG und Spitzenverbände der GKV von 1998 gesetzt werden sollten,

- 31 Qualit, 2001, S. 41

PlagiatService

Prüfbericht

15974

14.12.2014

30

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



Textstelle (Prüfdokument) S. 96

Stimmung innerhalb der Gesellschaft gegenüber der Bundeswehr. Könnte die Bundeswehr in einer langen Friedenszeit genügend Kräfte bekommen, um ihren Auftrag überhaupt erfüllen zu können?¹⁸⁹ Beide Gruppen, Bundeswehr und Gesellschaft, müssten doch das gleiche Ziel haben, **in Frieden und Freiheit leben zu können**. Georg Leber ging daran, den Positionsweg der Bundeswehr für dieses Ziel hervorzuheben. Die Streitkräfte waren immer funktionstüchtig und demokratisch geblieben. Das war nicht zuletzt der Inneren Führung im Truppenalltag zu verdanken. Im Weißbuch 1971/1972 hatte die

189 Vgl. Leber, G.: Vom Frieden, S. 212.

Textstelle (Originalquellen)

Anpassung des Familienleistungsausgleichs an die wirtschaftliche Entwicklung. Dialog mit den Gewerkschaften Unsere junge Generation hat wie keine Generation vorher die berechnete Hoffnung, Zeit ihres Lebens **in Frieden und Freiheit leben zu können**. Nach 40 Jahren der Trennung kann unser Volk nun wieder gemeinsam die Zukunft gestalten. Unser in diesem Jahrhundert so geschundener Kontinent wächst in einem geeinten Europa

- 32 Gemeinsam die Zukunft gestalten, 1994, S. #P10#GMH 9/94 561

● 4% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

15974

14.12.2014

31

Textstelle (Prüfdokument) S. 112

Sonderurlaub.²²¹ 3.2.9. Kanzlerwechsel Am 6. Mai 1974 erklärte Bundeskanzler Willy Brandt seinen sofortigen Rücktritt. Auslöser dieser Entscheidung war die >Guillaume-Affäre<.²²² Am 25. April 1974 hatte die Bundesanwaltschaft bekannt gegeben, dass Günter Guillaume, ein enger Mitarbeiter von Bundeskanzler Willy Brandt, unter dem Verdacht der Spionage für die DDR festgenommen worden war. Günter Guillaume war laut Presse- und Informationsamt der Bundesregierung seit 1970 im Bundeskanzleramt mit der Organisation von Parteiterminen des Bundeskanzlers sowie mit dem Schriftverkehr mit Gliederungen und Angehörigen der SPD beauftragt gewesen. Wie sich nachträglich

²²¹ Vgl. Bulletin vom 16. September 1972, Nr. 126, S. 1560: Dank für den Einsatz der Bundeswehr während der Olympischen Spiele.

²²² Vgl. Baring, A.. a.a.O., S. 722 ff.

Textstelle (Originalquellen)

Bundestag. 8. November 1973 Einsetzung der Enquete-Kommission "Frau und Gesellschaft" 25. April 1974 Die Bundesanwaltschaft gibt bekannt, daß ein enger Mitarbeiter von Bundeskanzler Brandt im Bundeskanzleramt, Günter Guillaume, unter dem Verdacht der Spionage für die DDR festgenommen worden ist. 6. Mai 1974 Rücktritt von Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) 15. Mai 1974 Bundesversammlung wählt Walter Scheel zum neuen Bundespräsidenten (bisher Bundesaußenminister). 16. Mai 1974 Wahl von Helmut Schmidt (SPD) zum

- 10 Peter Schindler: Datenhandbuch zur ..., 1999, S. 7

● 1% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

15974

14.12.2014

32

Textstelle (Prüfdokument) S. 116

der Bundestag Helmut Schmidt zum zweitenmal mit 250 gegen 243 von 495 abgegebenen Stimmen zum Bundeskanzler.²³³ Auch im zweiten Kabinett Schmidt wurde Georg Leber, jetzt zum viertenmal, zum Verteidigungsminister berufen. Die Vorgabe durch Bundeskanzler Helmut Schmidt führte dieser **in seiner Rede vor dem Bundestag am 16. Dezember 1976** aus. Schmidt sagte u.a.: **"Fortsetzung der Entspannungspolitik z.B. im Rahmen von MBFR und KSZE, die NATO als Sicherheitsgrundlage, die Bundeswehr als militärischer Beitrag zur Allianz, die Verwirklichung der vorbereiteten neuen Wehrstruktur und die Verbesserung der Bildung und Ausbildung sind wichtige Aufgaben der neuen Regierung."**²³⁴ Georg Leber bei der Vereidigung als Bundesminister für Verteidigung 1976 Das neue Bundeskabinett 1976 mit Bundespräsident Walter Scheel Quelle: BMVg IP-Stab 3.2.11. Die Wehrstrukturreform Nach der Übernahme des Amtes als Verteidigungsminister versuchte sich Georg Leber einen Überblick

233 Vgl. Politische Zeittafel 1949-1979, S. 240.

234 Vgl. Schmidt, H.: Rede vor dem Deutschen Bundestag, 16. Dezember 1976.

Textstelle (Originalquellen)

Jahren in der Bundesrepublik die Auffassung an Boden gewonnen habe, der deutsche Nationalstaat sei nur eine Episode in der Geschichte der Deutschen gewesen, habe Erhard Eppler **in seiner Rede vor dem Bundestag am 17. Juni 1989** daran erinnert, die deutsche Frage sei offen, die Bedeutung der Nation nicht zu unterschätzen. Gestützt auf Auswertungen von Partei- und Stasiakten zeichnet Fako Werkentin

- 33 Der 17. Juni 1953 - Bibliothek der ..., 2002, S. 13

● 4% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

15974

14.12.2014

33



ProfNet

Institut für Internet-Marketing

Textstelle (Prüfdokument) S. 128

den Vorschlägen der Wehrstrukturkommission eine Meinung zu bilden und dem Kabinett Vorschläge für Entscheidungen zu unterbreiten. 3.2.11.5. Die neue Wehrstruktur Unter neuer Wehrstruktur wird die Zusammenfassung der Begriffe Wehrverfassung, Wehrsystem und Streitkräftestruktur verstanden.²⁶⁸

Bundesverteidigungsminister Georg Leber **in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag** vom 5. April 1973: "**Unter neuer Wehrstruktur verstehe ich eine Bundeswehr, die mit mindestens dem gleichen Kempfwert und mindestens dergleichen Präsenz in der Lage ist, ihre Bündnisverpflichtungen zu erfüllen. Da soll und darf es keine Abstriche geben.**" Die Wehrverfassung ist im Grundgesetz in den Art. 26 und 87a umrissen. Streitkräfte werden zur Verteidigung aufgestellt (Art. 87a Abs. 1 GG). Die Vorbereitung eines Angriffkrieges ist verfassungswidrig (Art. 26 GG).²⁶⁹ Streitkräfte dürfen nur dann eingesetzt werden, wenn der Bestand der Bundesrepublik **oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes** von außen oder auch von innen bedroht wird. Das Wehrsystem gibt darüber Auskunft, wie der Personalbedarf der Streitkräfte gedeckt wird, z.B. durch Freiwillige oder durch Wehrpflichtige. Der Art. 12a GG erlaubt das Heranziehen von Männern **vom vollendeten 18. Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften.**²⁷⁰ Die Streitkräftestruktur umfasst Personal, Material und Infrastruktur für die den Streitkräften übertragenen militärstrategischen Aufgaben.²⁷¹ Wehrstrukturen sind nicht statisch, d.h., sie unterliegen politischen und strategischen Rahmenbedingungen. Ändern sich diese, müssen die Organisationsformen der Streitkräfte den neuen Bedingungen

268 NachBoysen, S.: a.a.O., S. 98.

269 Vgl.: Wehrstrukturkommission der Bundesregierung: Die Wehrstruktur in der Bundesrepublik Deutschland, 1972/1973, S. 86 (im folgenden zitiert als "Wehrstrukturkommission"); Zimmermann, A.: Die neue Wehrstruktur, in: Jahrbuch der Luftwaffe 1974, S.10.

270 Vgl.: Windisch, W.: Die Streitkräftestruktur, in: Standortbestimmung, S.154; Boysen, S.: a.a.O., S.99.

271 Vgl.: Zimmermann, A : a.a.O., S. 10 f; Boysen, S.: a.a.O., S.99.

Textstelle (Originalquellen)

Verbrechen und das Gedenken an die Opfer immer weniger als Last denn als vornehme Pflicht der Deutschen empfunden. Diese Einsicht formulierte Bundespräsident Richard von Weizsäcker **in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag** zum 40. Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus und des Kriegsendes in Europa am 8. Mai 1985: "Wir alle, ob schuldig oder nicht, ob alt oder jung, müssen die

ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand **oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes** oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht. (3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig. Art. 12a (1) Männer können **vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften**, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden. (2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer

- 34 Schlußbericht der Enquete-Kommissio..., 1996, S.
- 10 Peter Schindler: Datenhandbuch zur ..., 1999, S.
- 27 Kommentar zum Grundgesetz unter Mit..., 1999, S. 11

PlagiatService

Prüfbericht

15974

14.12.2014

34

● 6% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

Textstelle (Prüfdokument) S. 129

Jahre galt in der Bundeswehr für das Heer das Modell 3. Anstelle einer Phase der Konsolidierung erwartete das Heer aber 1970 eine Umstrukturierung. Der Führungsstab des Heeres machte sich Gedanken darüber, wie die bestehende Struktur den Rahmenbedingungen **der neuen NATO-Strategie der "Flexible Response"** angepasst werden könnte. Die nicht erfolgte Ausrüstung mit atomaren Gefechtsfeldwaffen auf der Brigadeebene sollte durch konventionelle Flächenfeuerwaffen kompensiert werden. Außerdem sollte die Struktur und Ausrüstung der Großverbände an Auftrag und Geländebeziehungen angepasst werden. Aufgrund steigender

Textstelle (Originalquellen)

des Gegners so zu manipulieren, daß er seine Aggressionsabsichten aufgibt²³⁵. Solche und eine Vielzahl ähnlicher Überlegungen, Untersuchungen und Veröffentlichungen (Auswahl Anlage 6) bildeten schließlich die Basis **der neuen NATO- Strategie der "flexible response"**, wie sie in MC 14/3 formuliert wurde. 2. Die Strategie der "Flexible Response" a. MC 14/3 Der heftige Widerstand der europäischen NATO-Partner gegen die 1961-1962 von der Kennedy-Administration,

- 35 Strategische Einsatzplanungen der N..., 2005, S. 79

● 4% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

15974

14.12.2014

35

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



Textstelle (Prüfdokument) S. 132

den Einsatz von Wehrpflichtigen von modern ausgerüsteten Streitkräften. Der Chef des Führungsstabs der Streitkräfte erläuterte den Streitkräfteplan der Bundeswehr. Alle Führungsstäbe mussten bei der Untersuchung von Wehrstrukturmodellen behilflich sein. Diese Mitwirkung bedeutete aber keine Festlegung **der politischen und militärischen Führung der Bundeswehr**.²⁸² Die Personalprobleme stellte der Leiter der Abteilung Personal dar. Der ehemalige Generalinspekteur der Bundeswehr, General a.D. de Maiziere erläuterte die Strukturprobleme der Bundeswehr. Der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages und der Beauftragte der Bundesregierung für den zivilen

282 Vgl. Wehrstrukturkommission, S. 42 f.

Textstelle (Originalquellen)

verpflichteten, erfahrenen älteren Feldweibel aus, weil sie nicht als Berufssoldaten übernommen werden. Die Wiedereinführung des Soldaten mit zweijähriger Verpflichtungszeit und umfangreiche weitere Schritte des Gesetzgebers, **der politischen und militärischen Führung der Bundeswehr**, werden hoffentlich dazu beitragen, den geforderten Umfang der Streitkräfte personell wieder besser zu untermauern. Die im Herbst 1969 gebildete Bundesregierung der SPD/FDP-Koalition hat sich

- 1 Ilseman, Carlo-Gero von (1971): Di..., 1971, S. 237

● 1% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

15974

14.12.2014

36

Textstelle (Prüfdokument) S. 134

schlanker wurden, wurden 36 Brigaden, die bessere Führungs- und Kampfvoraussetzungen mitbrachten. Die Kostenberechnungen der neuen Wehrstruktur beruhten auf dem neuen Personalumfang und einer entsprechenden Ausstattung. Gegenüber dem Finanzbedarf der derzeitigen Struktur ergaben sich Einsparungen an Betriebskosten **in Höhe von 4,4 Milliarden DM. Das waren** rund 550 Millionen pro Jahr. Davon entfielen allein 340 Millionen DM auf die Personalkosten. Dadurch konnte der Investitionshaushalt gegenüber den Betriebskosten erhöht werden.²⁸⁷ Es fällt auf, dass bündnispolitische Überlegungen einen großen Raum in Georg Lebers Rede einnahmen.

287 Persönliche Befragung Georg Leber am 27.6.1989 in Schönau. Vgl. Soldat und Technik 5/1974: Rede von Verteidigungsminister Georg Leber (März 1974) im Deutschen Bundestag: Nur das Gleichgewicht der Kräfte erhält den Frieden, S. 231 - 236; Vgl. Soldat und Technik 1/1974.

● **1%** Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

Textstelle (Originalquellen)

und gefüllt wurde, der jetzt droht: daß eine Konjunktur überbrückt werden muß und nicht abgewürgt werden darf."9 In der dritten Dezemberwoche hatte die Bundesbank Währungsreserven **in Höhe von 148,5 Milliarden DM. Das waren 51 Milliarden DM** mehr als Ende 1991 und 48,5 Milliarden DM mehr als Ende 1989. Die Währungsreserven sind also im Zuge der Vereinigung nicht geschrumpft, sondern kräftig angeschwollen. Übrigens "

- **36** class gs ctg2 von fes.defes.de Die ..., 1993, S.

PlagiatService

Prüfbericht

15974

14.12.2014

37

Textstelle (Prüfdokument) S. 136

in allen drei Teilstreitkräften erfolgt hinauf bis zur Bataillonsebene." " Gemeinsam durchgeführte Aufgaben der Bundeswehr werden zukünftig zentral wahrgenommen, z.B. durch Zusammenführung von Feldheer und Territorialheer in drei Generalkommandos." Bei der anschließenden Aussprache wurde der Minister vom **verteidigungspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag**, Dr. Wörner, hart angegriffen. Dieser konnte u.a. nicht verstehen, dass es die internationale Sicherheitslage erlauben würde, 30.000 Posten einzusparen und die Bundeswehr trotzdem ihren Bündnisverpflichtungen nachkommen könne.²⁹⁰ Nach ausführlichen Erläuterungen sagte aber Dr. Wörner zu, "dass seine Fraktion die neue Wehrstruktur dann mittragen würde, wenn sie zu rationelleren Kostenstrukturen führt und die Bundeswehr neuen notwendigen Erfordernissen anpasst. Seine Fraktion sei aber nicht bereit, Strukturveränderungen mitzuverantworten, die zur Schwächung der Verteidigung und zur Verminderung der Sicherheit der Bürger führen würde."²⁹¹ Georg Leber war es mit seiner Regierungserklärung gelungen, den Eindruck zu erwecken, dass die Bundeswehr zwar Probleme habe, dass aber sein Ministerium ein sicherheitspolitisches Konzept zur Problemlösung habe. Er konnte die Abgeordneten überzeugen, dass Mittel für Investitionen freigesetzt würden und sich die Planung trotzdem an der sich verändernden

290 Regierungserklärung der Bundesregierung zur neuen Wehrstruktur vom 18.1.1973 in: Sitzungsprotokoll Deutscher Bundestag, 7. Wahlperiode, 67. Sitzung, Bonn, Donnerstag, den 29. November 1973, S. 3980 ff.

291 Ebenda, S. 3986.

Textstelle (Originalquellen)

Kontakte zu knüpfen, erfolgten ab dem Jahr 2000 Forschungsreisen nach Brüssel, Syrien, Jordanien, Ägypten und den Libanon. Ferner wurden dem Verfasser im Jahr 2001 durch Hospitanzen beim **verteidigungspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag** in Berlin und bei dem German-Saudi-Arabian Liaison Office for Economic Affairs (GESALO) in Riad, verstärkt Einblick in die sicherheitspolitische und wirtschaftspolitische Betrachtung des

- 37 Über welche Möglichkeiten der Einfl..., 2004, S.

PlagiatService

Prüfbericht

15974

14.12.2014

38



3% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit



ProfNet

Institut für Internet-Marketing

Textstelle (Prüfdokument) S. 144

der Alpha Jet - neue Flugabwehrkanonen - eine Modernisierung des HAWK - Raketen - Gürtels für die Luftverteidigung für die Marine unter anderem: - neue Fregatten - neue Flugkörper-Schnellboote - neue Unterseeboote - neue Minenjagdboote - neue Marine Kampfflugzeuge Tornado (MRCA) - neue Minenabwehrsysteme. "Das waren die Hauptelemente einer neuen Ausstattung der Bundeswehr. Wir konnten in einer Unzahl von Sitzungen, Besprechungen und Zusammenkünften die Zustimmung des Finanzministers, der Abgeordneten der Regierungsfractionen und in den meisten Fällen auch die der Opposition im Verteidigungs- und Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages finden."³⁰² Verteidigungsminister Georg Leber hatte dafür gesorgt, dass die Bundeswehr eine rundum erneuerte Ausrüstung und Ausstattung erhielt. Das war in diesem Ausmaß keinem Minister vor ihm gelungen. Er hatte es verstanden, Regierung und Parlament zu überzeugen

³⁰² Nach Leber, G.: Vom Frieden, S. 205 f.

Textstelle (Originalquellen)

stationären Altenhilfe in Deutschland verzeichnet sind, die im Frühjahr 1994 bestanden und postalisch auszumachen waren. Die dort gemachten Angaben beinhalten neben der Adresse auch die Trägerschaft **und in den meisten Fällen auch die** vorhandene Platzzahl. Das Altenheim-Adreßbuch erfaßt alle Typen stationärer Alteneinrichtungen: Altenwohnheime, Altenheime und Pflegeheime. Im Altenwohnheim leben die Bewohner in Apartments, wo sie ihren Haushalt

- 38 Der Altenheimsurvey: Durchf, 1996, S. 114

● 0% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

15974

14.12.2014

39

Textstelle (Prüfdokument) S. 160

Truppe, Heft 2/1976.S. 13ff. Das Bild zeigt die ärztliche Versorgung eines Verletzten Soldaten durch eine Stabsärztin der Bundeswehr. (BMVg IP-Stab) 3.2.14. Kriegsdienstverweigerung Im Grundgesetz Artikel 4, Absatz 3 ist das Recht auf Kriegsdienstverweigerung als Grundrecht für jeden Staatsbürger garantiert: "Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz."³²⁶ Da die Zahl der Kriegsdienstverweigerer ab 1966 stark angestiegen war, wurde 1968 im Grundgesetz der Artikel 12a eingefügt. Ergänzend zum Artikel 4, Absatz 3 GG besagt Artikel 12a, Absatz 2 GG zur Kriegsdienstverweigerung: "Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht."³²⁷ Für die neue Bundesregierung war die Reform des Ersatzdienstes vorrangig. Es war geplant, diesen in einen Zivildienst umzuwandeln.³²⁸ Am 18. Mai 1973 verabschiedete der Deutsche Bundestag das Gesetz über den zivilen Ersatzdienst. Nach diesem Gesetz sollte zukünftig der Ersatzdienst gleichberechtigt neben dem Wehrdienst stehen. Das Gesetz wurde am 25. Juni 1973

Textstelle (Originalquellen)

im zweiten Teil der Aufstellung (ab Seite 2341). Gesetzgebungsauftrag des Grundgesetzes in der Fassung vom 23. Mai 1949 Erfüllung des Gesetzgebungsauftrages erstmals durch ... Artikel 4 [Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit] ... (3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz. (siehe auch GGÄndG vom 19. 3. 1956 : Artikel 12 Abs. 2) Wehrpflichtgesetz vom 21. Juli Erfüllung des Gesetzgebungsauftrages erstmals durch ... Artikel 21 [Parteien] (1) Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes

Gerichte zu bilden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz. Gesetz zur Wahrung der Einheitlichkeit der Rechtsprechung der obersten Gerichtshöfe des Bundes vom 19. Juni 1968 (BGBl. I S. 661) 24. 6. 1968 Artikel 12a [Dienstverpflichtungen] (1) ... (2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht. (siehe zuvor schon GGÄndG vom 19. 3. 1956: Artikel 12 Absatz 2) Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den zivilen Ersatzdienst vom 14. August 1969 (BGBl. I S. 1105) 12. 5. 1969 Artikel 91a [Gemeinschaftsaufgaben; Mitwirkung des Bundes] (1)

sollte die Angelegenheit dem Bundeskanzler zur Entscheidung überlassen werden. Hit Erlaß vom 30. Juli 1953 wurde von den Feierlichkeiten abgesehen, jedoch die Beflaggung der Bundesbehörden angeordnet. 2" 1 9 5 .3. Am 03.07. 53 verabschiedete der Deutsche Bundestag das Gesetz über den Tag der deutschen Einheit. Er stellte ihm eine Präambel voran: " Am 17.06.53 hat sich das deutsche Volk in der sowjetischen Besatzungszone und in Ostberlin gegen die

Bundesratsrechtsausschuss überwiesen hatte, stimmte er dem Gesetzentwurf am 6. Februar 1998 ebenfalls einstimmig zu.¹⁶⁷ Das Gesetz wurde am 4. Mai

- 10 Peter Schindler: Datenhandbuch zur ..., 1999, S. 11
- 10 Peter Schindler: Datenhandbuch zur ..., 1999, S.
- 39 Der Tag der deutschen Einheit im Wa..., 1990, S. 10

PlagiatService

Prüfbericht

15974

14.12.2014

40

● 4% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

Textstelle (Prüfdokument) S. 161

verkündet und trat am 1. Juli 1973 in Kraft.³²⁹ Nach dem Gesetz mussten junge Männer, die zum 15-monatigen Wehrdienst³³⁰ eingezogen werden sollten, aber diesen verweigerten, vor einem Prüfungsausschuß Rede und Antwort stehen. Dieser hatte zu prüfen, ob die 'Gewissensentscheidung' berechtigt war. Stimmt der Ausschuß

326 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland: Art. 4 (3).

327 GG Art. 12a (Wehr- und Dienstpflicht), Abs. 2.

328 Bundeskanzler Willy Brandt erinnerte in seiner programmatischen Regierungserklärung am 18.1.1973 die jungen Menschen an ihre Pflichten gegenüber dem Staat: "Wir haben die allgemeine

329 Nach Politische Zeittafel 1949-1979, S. 209; Vgl.: Menudier, H.: Von Georg Leber bis Hans Apel, S. 13.

330 Die Dauer des Grundwehrdienstes war für Wehrpflichtige bereits zum Oktober 1971 von 18 auf 15 Monate herabgesetzt worden.

Textstelle (Originalquellen)

1998 vom damaligen Bundespräsidenten Roman Herzog ausgefertigt, am 8. Mai verkündet¹⁶⁸ und trat am 1. Juli 1998 in Kraft.¹⁶⁹ Bei der Beurteilung der eherechtlichen Neuerungen darf die für diesen Bereich grundlegende Verfassungsnorm des Art. 6 Abs. 1 GG nicht außer Acht bleiben. Wegen des Vorrangs der Verfassung

- 40 Die missglückte Regelung des Rechts..., 2004, S. 23

● 2% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

15974

14.12.2014

41



ProfNet

Institut für Internet-Marketing

Textstelle (Prüfdokument) S. 162

Gewissensgründen.³³¹ Das Beispiel "Berlin" lieferte leider Beweise für seine Befürchtungen.³³² Hier war oft nicht das Gewissen ausschlaggebend, sondern es waren ganz einfach wirtschaftliche Überlegungen oder der Beginn eines Studiums. 3.2.14.1. Änderung des Wehrpflichtgesetzes Am 27. Mai 1977 verabschiedete **der Bundestag gegen die Stimmen der Opposition** eine Änderung des Wehrpflichtgesetzes.³³³ **Das Gesetz zur Änderung des Wehrpflichtgesetzes und des Zivildienstgesetzes** trat am 1. August 1977 in Kraft. Nach dieser Änderung konnten ungediente Wehrpflichtige auf eine einfache Erklärung hin, dass sie **aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe** verweigern, vom Wehrdienst, ohne Gewissensprüfung, befreit werden. Der dafür zu leistende Zivildienst wurde von 16 auf 18 Monate erhöht. Bundesverteidigungsminister Georg Leber war selbst ein entschiedener Gegner dieses Postkartenverfahrens. Er hätte das Prüfungsverfahren lieber beibehalten.³³⁴ Gegen diese

331 Nach Jacobs, V.: gefragt: Georg Leber, S. 67 f; Persönliche Befragung Georg Leber am 27.6.1989; Persönliche Befragung Staatssekretär a.D. Dr. Walter Stützte am 23.3.2005.

332 Viele junge Männer, die zur Ableistung der Wehrpflicht heranstanden, zogen vorher nach Berlin um, um der Wehrpflicht zu entgehen. Sie leisteten aber auch dort keinen freiwilligen Ersatzdienst, sondern entzogen sich auch diesem Dienst an der Gemeinschaft

333 Nach Politische Zeittafel 1949-1979, S. 245.

334 Nach Staatssekretär a.D. Dr. Walter Stützte, persönliche Befragung am 23.3.2005.

Textstelle (Originalquellen)

Menschenrechte in China hinweisen¹⁰⁰, schlägt die Bundesregierung einen Kurs ein, der auf eine schnelle Re-normalisierung des Verhältnisses zu Peking ausgerichtet ist. Am 23. Oktober 1990 beschließt **der Bundestag gegen die Stimmen der Opposition** einen Antrag der Regierungsfractionen, in welchem erstens die Ausdehnung der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit auf Maßnahmen gefordert wird, die außer dem unmittelbar dem Schutz der Bevölkerung, auch

Äußerung des Bundestages, daß die Verfassungsbeschwerde unzulässig und unbegründet sei. 1. Antrag der Bundestagsabgeordneten Dr. Helmut Kohl, Dr. Friedrich Zimmermann und 189 weiterer Mitglieder des Bundestages gegen **das Gesetz zur Änderung des Wehrpflichtgesetzes und des Zivildienstgesetzes** vom 13. Juli 1977 (BGBl. I S. 1229), 2. Antrag der Bayerischen Staatsregierung gegen das genannte Gesetz, 3. Antrag der Landesregierung von Rheinland-Pfalz gegen das genannte Gesetz, 4. Antrag der Landesregierung von

zu bilden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz. Gesetz zur Wahrung der Einheitlichkeit der Rechtsprechung der obersten Gerichtshöfe des Bundes vom 19. Juni 1968 (BGBl. I S. 661) 24. 6. 1968 Artikel 12a [Dienstverpflichtungen] (1) ... (2) Wer **aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe** verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die

- 41 Die Chinapolitik der Bundesrepublik..., 1997, S. 70
- 10 Peter Schindler: Datenhandbuch zur ..., 1999, S.

PlagiatService
Prüfbericht

15974

14.12.2014

42



9% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

Textstelle (Prüfdokument) S. 169

Rat und die Aussagen Georg Lebers politisches Gewicht. Die Bundesrepublik vertrat als Mitglied der Euro-Group die Auffassung, dass die Zukunft der NATO entscheidend von der Stärkung des europäischen Pfeilers abhängt. Bundeskanzler Brandt formulierte es **in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag** am 18. Januar 1973: "Die Bundesregierung wird gleichzeitig dafür wirken, dass der europäische "Quelle Weißbuch 1973/1974" **Politische und militärische Struktur des Nordatlantischen Bündnisses Stand: 1. November 1973** Politik Verteidigungserhebung Nukleare Verteidigung Rüstung Zivilverteidigung Wirtschaft Infrastruktur Information Umwelt Nordatlantischer Rat Außenminister Ständige Vertreter Generalsekretär Generalsekretariat Verteidigungsplanungsausschuss (ohne Frankreich) Verteidigungsminister Ständige Vertreter Militär- Ausschuss Internat. Militärstab Oberster Alliiertes Befehlshaber Atlantik Oberster Alliiertes Befehlshaber Europa Oberster Alliiertes Befehlshaber an Bündnisses: Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Griechenland, Island, Italien, Kanada, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Portugal, Türkei, USA. Quelle Weißbuch 1973/1974" Pfeiler des Bündnisses stärker wird; die Euro-Group ist dafür der realistische Ausgangspunkt.³⁵⁰ 3.3. 3.1. Die Position der Bundesrepublik zur NATO Verteidigungsminister Georg Leber war fest von der Notwendigkeit der NATO überzeugt. Er beurteilte das Bündnis wie

350 Vgl.: Brandt, W.: Rede im Deutschen Bundestag vom 18. Januar 1973, S.123.

● 4% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

Textstelle (Originalquellen)

Verbrechen und das Gedenken an die Opfer immer weniger als Last denn als vornehme Pflicht der Deutschen empfunden. Diese Einsicht formulierte Bundespräsident Richard von Weizsäcker **in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag** zum 40. Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus und des Kriegsendes in Europa am 8. Mai 1985: "Wir alle, ob schuldig oder nicht, ob alt oder jung, müssen die

- 34 Schlußbericht der Enquete-Kommission..., 1996, S.

PlagiatService

Prüfbericht

15974

14.12.2014

43

Textstelle (Prüfdokument) S. 175

den enormen Zuwachs klar erkennbar, dass die konventionelle Komponente der Kampfkraft des Warschauer Pakts in Europa verstärkt werden sollte. In seiner Rede im Deutschen Bundestag am 18. Januar 1973 erläuterte Georg Leber u.a.: "Der Warschauer Pakt hält allein **in Polen, in der DDR und in der Tschechoslowakei** mehr als 860.000 Soldaten und rund 20.000 Kampfpanzer in Bereitschaft. Hinzu kommen 350.000 Mann und 8.000 Kampfpanzer in den drei westlichen Militärbezirken der Sowjetunion. Demgegenüber stehen auf der Seite des Westens in Europa an einsatzbereiten Streitkräften 28 Divisionen mit 725.000

Textstelle (Originalquellen)

Titel verfasst. In diesem Zusammenhang ist anzumerken, dass aufgrund der viel späteren Übersetzung ins Deutsche gerade die wenn auch verhältnismäßig kurzen Abschnitte über die Situation **in Polen, in der DDR und in der UdSSR** für heutige Leser möglicherweise einen anachronistischen Charakter haben. An dieser Stelle wäre eine Aktualisierung nicht zuletzt von Seiten der Übersetzerin wünschenswert gewesen. Hervorzuheben sind

- 42 class gs ctg2 von braintrust.atbrai..., 2002, S. 9

● 4% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

15974

14.12.2014

44



ProfNet

Institut für Internet-Marketing

Textstelle (Prüfdokument) S. 175

Kampfpanzer der Sowjetunion mehr, als alle versammelten Streitkräfte der Verbündeten in Westeuropa haben. Während im Westen mit dem Gedanken gespielt wird, die Rüstungsanstrengungen zu verringern, rüstete der Warschauer Pakt auf. Seit 1966 wurden den sowjetischen Verbänden in der DDR, in Polen, in der Tschechoslowakei und in Ungarn folgendes moderne Großgerät zugeführt: 3.500 Kampfpanzer, fast 1.000 Schützenpanzer, weit über 1.000 Haubitzen, rund 500 Mehrfachraketenwerfer. Das alte Material dient dazu, in Arsenalen gehortet und bereitgehalten zu werden, und das Personal für die Auffüllung dieser

Textstelle (Originalquellen)

er seine Gesprächspartner zu erinnern pflegt, durch Mißachtung der Großmächte gegenüber zuvor feierlich oder unfeierlich eingegangenen Rüstungskontroll- und Abrüstungsvereinbarungen gekennzeichnet. Was soll also ein sowjetisches Versprechen, in der DDR, in Polen, in der CSSR oder in Ungarn keine Kernwaffen zu stationieren, wenn diese im Konfliktfall entweder rasch wieder in die zuvor kernwaffenfreien Zonen verbracht werden können oder wenn

- 43 Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 1989, S. 585

● 4% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

15974

14.12.2014

45

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



Textstelle (Prüfdokument) S. 184

USA Sowjetunion) Belgien DDR 1 rund Kanada Polen 1920 000
Bundesrepublik rund CSSR 1 Deutschland 775 000 Niederlande Luxemburg
Großbritannien (Quelle Weißbuch 1975/1976) MBFR-Grundsätze der
Bundesregierung MBFR-Verelnbarungen sollen Odle unverminderte
Sicherheit aller Beteiligten gewährleisten und sich nicht zum militärischen
Nachteil eines Staates oder einer Gruppe von Staaten auswirken, beiderseitig
und ausgewogen sein, das heißt nach Umfang und zeitlichem Ablauf auf
Gegenseitigkeit beruhen, die Unterschiede berücksichtigen, die auf Grund
geographischer und anderer Faktoren bestehen, und Maßnahmen vorsehen, die
geeignet sind, diese Unterschiede auszugleichen,

Textstelle (Originalquellen)

Irak der Besitz von Massenvernichtungswaffen generell verboten ist.⁴ Diese
Resolution, wie auch die nachfolgenden bis zum Jahre 2001 enthalten
allerdings keinen Hinweis auf die automatische Autorisierung eines Staates
oder einer Gruppe von Staaten zur gewaltsamen Durchsetzung der
Abrüstungsverpflichtungen gegen den Irak im Falle von Verstößen gegen die
Abrüstungsbestimmungen. Auch in den USA gibt es nachdenkliche Stimmen
zu der

- 44 HUMANITARES VOLKERRECHT, 2003, S. 687

● 4% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

15974

14.12.2014

46

Textstelle (Prüfdokument) S. 184

geeignet sind, diese Unterschiede auszugleichen, abgestuft und schrittweise verhandelt und vollzogen werden, Oln der NATO dem Prinzip der gemeinsamen Verteidigung und Entspannung Rechnung tragen, Stationierungstruppen der Sowjetunion **und der** USA, aber auch Streitkräfte der anderen **Staaten der NATO und des Warschauer Paktes** Im Reduzierungsgebiet Mitteleuropa umfassen, In erster Linie die als bedrohlich empfundenen Offensivkomponenten der Streitkräfte beider Seiten verringern, stabilisierende Maßnahmen wie Bewegungsbeschränkungen einschließen, mit Vereinbarungen über Verifikationen verbunden sein, O den Zusammenhalt der Nordatlantischen Allianz und die

Textstelle (Originalquellen)

einer Verständigung bestanden. Themen der Konferenz sollten nach Bulganins Vorstellung sein die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa **und der** Abschluß eines Nichtangriffsabkommens zwischen den **Staaten der NATO und des Warschauer Paktes**. Offensichtlich auf Veranlassung der sowjetrussischen Regierung hatte der polnische Außenminister Rapacki am 2= Oktober 1957 und unmittelbar vor der Dezembertagung des NATO-Rates Vorschläge zur Schaffung einer 362

- 18 Erinnerungen 1945-1953 - Konrad Ade..., 1980, S. 361

● 4% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

15974

14.12.2014

47

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



Textstelle (Prüfdokument) S. 187

Auftrag blockierte der Beauftragte der Bundesregierung für Rüstungskontrolle und Abrüstung, Friedrich Ruth, ständig die Gespräche. Man nannte ihn nach kurzer Zeit den "Scharfrichter Genschers".³⁷⁵ Am 28. Oktober 1977 hielt **Helmut Schmidt** seine berühmt gewordene Rede **vor dem "International Institute for Strategie Studies" in London**. Im Auftrag von Georg Leber hatte Dr. Stütze vom Planungsstab diese Rede für Helmut Schmidt entworfen. Der wichtigste Teil der Rede sollte MBFR betreffen. In den Vorgesprächen bei Schmidt in Hamburg war auch

375 Persönliche Befragung Staatssekretär a.D. Dr. Walter Stütze am. 6.3.2005.

Textstelle (Originalquellen)

niedrigem Niveau. Die hier aufgeführten Positionen⁷ werden von der großen Mehrheit der SP geteilt.⁷ 8 Vgl. Chevalier 1987: 48.⁷ 192²¹⁰ 210 Vgl. Rede des deutschen Bundeskanzlers **Helmut Schmidt, vor dem International Institute for Strategie²¹⁰ Studies in London**, am 28.10.1977 in: Bulletin, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Nr.²¹⁰ 112, 8.11.1977.²¹¹ 211 Zur Entwicklung im Vorfeld des NATO-Doppelbeschlusses vgl. Ruehl 1980.²¹¹ 194²¹³ 213 Vgl. Tuytens 1985: 9.²¹³ 2,4 Vgl. Krafft 1983: 200ff.²¹⁵ 215 Vgl.

- 45 Rüstungskontrollpolitik Belgiens, 1997, S. #P#werden.#A#

● 0% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

15974

14.12.2014

48

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



Textstelle (Prüfdokument) S. 188

des Entspannungsprozesses, an dem auch die neue Ostpolitik der Bundesrepublik maßgeblichen Anteil hatte, wandelte sich die Haltung des Westens gegenüber einer europäischen Konferenz. Die Bundesrepublik gehörte mit zu den Wegbereitern der KSZE durch: 1. Den Vertrag mit der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 12. August 1970, 2. Den Vertrag mit der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen vom 7. Dezember 1970, 3. Den Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR vom 21. Dezember 1972, 4. Den Vertrag über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der CSSR vom 11. Dezember 1973.³⁸⁰ Am 3. Juni 1973 wurde die Konferenz in Helsinki mit einem Außenministertreffen eröffnet. Das Ergebnis, die KSZE-Schlußakte, ist kein völkerrechtlicher Vertrag, sondern eine gemeinsame Absichtserklärung. Sie behandelt die Fragen des Verhältnisses der Staaten zueinander: 1. Fragen der

³⁸⁰ Nach: Weißbuch 1975/1976, S. 73 f.

Textstelle (Originalquellen)

Volksrepublik Polen: Bilanz der Beziehungen, Probleme und Perspektiven²⁷ ihrer Normalisierung. Frankfurt am Main, 1979²⁸ 28²⁸ ebenda S.183²⁹ 29²⁹ Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.) Die Verträge der Bundesrepublik Deutschland mit²⁹ der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 12. August 1970 und mit der Volksrepublik Polen vom²⁹ 7. Dezember 1970. Bonn, 1971 S.180³⁰ 30³⁰ Fritsch-Bournazel, Renata. Europe and German unification. Worcester, 1992 p.45³¹ 31³¹ Grosser, Dieter. German unification: the unexpected challenge. Michigan, 1992 S.3³² 32³² Jäger,

Kohls, sie fand sich überdies auch in der von der CSU mitgetragenen Gemeinsamen Entschließung des Deutschen Bundestages von 1984. Im Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen vom 7. Dezember 1970 hatten beide Seiten bekräftigt. den Frieden ist" - P Grenzen eine grundlegende Bedingung für eine Formulierung, die in der geplanten Entschließung fast wortwörtlich auftauchte und von

deshalb nicht möglich. Das politische Konzept der Bundesregierung, auf dessen Hintergrund der Grundvertrag geschlossen wurde, wird,; aus ihrer Denkschrift zum Vertrag 3114) deutlich: J Die Bundesregierung hat den Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen, zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik mit dem Ziel geschlossen, ein* weiteres Auseinanderleben der deutschen Nation zu verhindern Der Vertrag

- 46 (Diss), 2004, S. 1
- 47 Zimmer, Matthias: Nationales Interesse und Staatsräso..., 1990, S. 7
- 48 BERICHT E UND URKUNDEN, 1955, S. 578

● 3% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService
Prüfbericht

15974

14.12.2014

49

Textstelle (Prüfdokument) S. 189

eröffnet. Das Ergebnis, die KSZE-Schlußakte, ist kein völkerrechtlicher Vertrag, sondern eine gemeinsame Absichtserklärung. Sie behandelt die Fragen des Verhältnisses der Staaten zueinander: 1. Fragen der **Sicherheit in Europa**, 2. Fragen der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und technischen Zusammenarbeit, 3. **Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittelmeerraum**, 4. Fragen der **humanitären und** sonstigen Angelegenheiten sowie **Folgen der Konferenz**.³⁸¹ Am 1. August 1975 ging die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in Helsinki mit der Unterzeichnung der Schlussakte durch die Staats-, Regierungs- und Parteichefs von 35 europäischen und nordamerikanischen Staaten zu Ende.³⁸² **Das Ziel** der KSZE-Schlußakte bleibt es, **auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken**. Georg Leber engagierte sich auch im Rahmen der KSZE-Gespräche für Fragen zu den "Vertauensbildenden Maßnahmen". Als Leber erfuhr, dass die Türkei den Austausch von Manövern blockierte, flog er allein in die Türkei und führte

³⁸¹ Ebenda, S. 74.

³⁸² Ebenda; Mit Ausnahme von Albanien nahmen alle europäischen Staaten (NATO-Staaten,

Textstelle (Originalquellen)

sogenannten "Körben" zusammengefasst: Korb 1: Bestimmungen über die **Sicherheit in Europa** Korb 2: Zusammenarbeit in den Bereichen der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Technik sowie der Umwelt **Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittelmeerraum** Korb 3: Zusammenarbeit in **humanitären und** anderen Bereichen Korb 4: **Folgen der Konferenz** Innerhalb des ersten Korbes wurden die für den Umgang der Staaten miteinander relevanten Verhaltensprinzipien (

Entspannung als Schritt zur Überwindung des Ost- West-Konflikts und somit auch zur deutschen Einheit galt. Ab 1969 war es **das Ziel** aller Regierungen und Parteien "**auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken**, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt"¹⁵⁵. Doch aus dieser strategisch gedachten Politik entstanden auch Probleme. Sie weckte nämlich die Hoffnung,

- 49 Sicherheitsinstitutionen: Arbeitste..., 1998, S. 13
- 50 Deutsche und amerikanische Entspan..., 2004, S. 45

● **5%** Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

15974

14.12.2014

50

Textstelle (Prüfdokument) S. 195

vorgeworfen "generalshörig" zu sein, und der Spiegel schrieb in seiner Ausgabe vom 8. November 1976 über Georg Leber: "Verliebt in die Uniform." Hatte sich der sozialdemokratische Verteidigungsminister Georg Leber vom Militär überrollen lassen? Gerade die Sozialdemokraten hatten **sich schon in der Weimarer Republik mit** der bewaffneten Macht schwer getan, ebenso wie lange Jahre in der Bundesrepublik und sahen daher in den Soldaten das Symbol für alles Reaktionäre in der Gesellschaft. Aber musste nicht gerade der Arbeitersohn Georg Leber das

Textstelle (Originalquellen)

Frauen beigetragen haben. Die von der patriarchalisch geprägten Geschichtsforschung bis heute nur marginal rezipierten Ansätze und Forderungen der "radikalen Feministinnen" und der proletarischen Frauenbewegung konnten **sich schon in der Weimarer Republik mit** ihrem Anspruch auf politische Frauenbildung kaum durchsetzen und mußten während der Nazi-Zeit in die Versenkung verbannt zu Beginn der "neuen" Frauenbewegung erst mühsam wieder

- 51 , 1992, S. 139

● **2%** Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

15974

14.12.2014

51

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



Textstelle (Prüfdokument) S. 203

der politischen Verantwortung durch Georg Leber. Noch am gleichen Abend entschloß sich Georg Leber, Bundeskanzler Helmut Schmidt seinen Rücktritt anzubieten. Die Aussprache am 1. Februar 1978 im Bundeskabinett schilderte Regierungssprecher Klaus Bölling am Nachmittag in der Bundespressekonferenz: "Bundesminister Leber hat heute dem Kabinett vorgetragen, dass er die von ihm im Verlaufe der Debatte über den Verteidigungshaushalt am 26. Januar 1978 vor dem Deutschen Bundestag abgegebene Erklärung, der Lauschnitz-Einsatz des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) in der Privatwohnung einer Mitarbeiterin sei der einzige Fall dieser Art gewesen, nach seinem nunmehrigen tatsächlichen Kenntnisstand und aufgrund einer erneuten rechtlichen Beurteilung der Frage, ob unter bestimmten Umständen auch nicht zu Wohnzwecken dienende Räume im rechtlichen Sinne als Wohnungen anzusehen seien, nicht aufrechterhalten. Bundesminister Leber hat erklärt, dafür übernehme er als Minister die politische Verantwortung. Er hat deshalb dem Bundeskanzler seinen Rücktritt angeboten. Mit diesem Schritt - so hat Bundesminister Leber gesagt - wolle er vor allem die Bundeswehr vor Schaden bewahren, der ihr durch politische Auseinandersetzungen über diesen Vorgang zugefügt werden könne. Der Bundeskanzler hat diese Erklärung, ebenso wie das ganze Kabinett, mit Bewegung und mit Respekt entgegengenommen und, auch darin vom gesamten Kabinett bestärkt, Bundesminister Georg Leber gebeten, seinen Schritt noch einmal zu überdenken. Seine eigene Entscheidung hat der Bundeskanzler deshalb zurückgestellt."⁴⁰⁴ 3.4.4.1. Sein Rücktritt als Minister der Verteidigung In der Pressekonferenz am 5. Februar 1978 teilte Regierungssprecher Klaus Bölling den gespannten Journalisten mit: "Der Bundeskanzler hat gestern Vormittag den Rücktritt von Bundesminister Georg Leber angenommen."⁴⁰⁵ Als Nachfolger für Georg Leber kündigte Klaus Bölling den Bundesminister Dr. Hans Apel an. Mit Pauken und Trompeten nahm Georg Leber Abschied bei der Truppe. Bei seinen Besuchen, die er Luftwaffe, Marine und Heer abstattete,

⁴⁰⁴ Nach: Fischer, K.: a.a.O., S. 213 f.

⁴⁰⁵ Ebenda, S. 214.

Textstelle (Originalquellen)

SPD, Parteitag Berlin 79, a. a. O.; ferner Karl Feldmeyer, Schmidts taktischer Erfolg mit der Nachrüstung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7.12. ⁸¹ 1979. ⁸² ⁸² Vgl. die durch Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher am 14. Dezember 1979 vor dem ⁸² Deutschen Bundestag abgegebene Erklärung der Bundesregierung zu den Ergebnissen der NATO- ⁸³ ⁸³ Die Rede Generalsekretär Breschnjews in Ostberlin am 6. Oktober 1979 und seine Vorschläge für ⁸³ neue Rüstungskontrollinitiativen hatten natürlich auch die Funktion,

- ⁵² Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 1982, S. #P167#LA

PlagiatService

Prüfbericht

15974

14.12.2014

52



Textstelle (Prüfdokument) S. 224

der SPD-Bundestagsfraktion und Vertrauter von Herbert Wehner, war der "Schorsch" Leber eine Idealbesetzung als Verteidigungsminister.⁴¹⁶ Auch ein politischer Gegner, aber persönlich ein Freund von Georg Leber, der langjährige Abgeordnete des Deutschen Bundestages und Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Alfred Dregger, sprach mit großem Respekt von der Leistung Georg Lebers als Verteidigungsminister. Dregger wörtlich: "Einen solchen Abgang hatte er aufgrund seiner Leistung für die Bundesrepublik nicht verdient."⁴¹⁷ 3.5.2 Öffnung der Bundeswehr gegenüber den Gewerkschaften und der SPD Nach seiner Berufung zum Verteidigungsminister der Bundesrepublik Deutschland gab es ziemlich lautstarke Widerstände bei den Gewerkschaften. Warum musste gerade einer der ihren "ausgerechnet dieses Amt" übernehmen?

416 Persönliche Befragung Karl Wienand, MdB a.D., 1989 in Bonn.

417 Persönliche Befragung Dr. Alfred Dregger, MdB a.D., 1991 in Bonn. Dr. Dregger war selbst Hauptmann und Bataillonskommandeur im II. Weltkrieg gewesen.

● 1% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

Textstelle (Originalquellen)

würden, würde dies von unseren Landsleuten in der DDR als ein Abrücken von unserer Mitverantwortung empfunden werden." Zum Tag der Deutschen Einheit griff der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Alfred Dregger, die Haltung der SPD zur Frage der Deutschlandpolitik an.⁴²⁹ Über Jahrzehnte seien sich die demokratischen Parteien in den Grundfragen der Deutschlandpolitik einig gewesen. Dazu gehöre

- 39 Der Tag der deutschen Einheit im Wa..., 1990, S. 212

PlagiatService

Prüfbericht

15974

14.12.2014

53

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



Textstelle (Prüfdokument) S. 27

56 Brief des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Karl Lehmann, an Georg Leber vom 02.10.1995, Privatarchiv Georg Leber.

Textstelle (Originalquellen)

Lewer/Ramsbotham 1993: 98; zitiert nach: M. Aguirre, Die Politik der Militärintervention in ¹⁹ den neunziger Jahren. Ein Überblick, in: Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft. ¹⁹ Heft 95, 24. Jg. (1994) Nr. 2, 272-286. ²⁰ 20 Pressebericht des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Karl Lehmann, im ²⁰ Anschluss an die Herbst-Vollversammlung in Fulda vom 23. bis 26. September 2002, VI. ²⁰ Weltkirchliche Fragen: I. Zur Situation im Mittleren Osten: "Kriegsverhütung und Abrüstung ²⁰ müssen Ziele der Irak-

- 53 class gs ctg2 von vifapol.devifapol..., 2003, S. #P255#Version 4.3.#A#

● 4% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

15974

14.12.2014

54



ProfNet

Institut für Internet-Marketing

Textstelle (Prüfdokument) S. 27

Scheel zurück. Vgl. Politische Zeittafel 1949-1979, S. 141. Baring, A.: Machtwechsel, S. 769. "Sie stützte sich nur noch auf eine Minderheit von 245 zu 251 Stimmen." vgl. Politische Zeittafel 1949-1979, S. 141. Befragung Georg Leberam 26.06.1989.

Textstelle (Originalquellen)

vier FDP-Bundesminister treten zurück; FDP-Fraktionsvorstand und FDP-Fraktion kündigen die ¹⁹⁶⁶ Koalition mit der CDU/CSU ausdrücklich auf; die amtierende CDU/CSU- ¹⁹⁶⁶ Regierung kann sich nur noch auf eine Minderheit von 245 (gegen 251) voll ¹⁹⁶⁶ stimmberechtigte Abgeordnete stützen. Bundeskanzler Erhard, der den ¹⁹⁶⁶ Rücktritt der FDP-Minister angenommen hat, beauftragt vier CDU/CSU- ¹⁹⁶⁶ Bundesminister mit der Wahrnehmung der Geschäfte. ¹⁹⁶⁶ 1224 6

- 10 Peter Schindler: Datenhandbuch zur ..., 1999, S. 1

● 1% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

15974

14.12.2014

55

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



Textstelle (Prüfdokument) S. 30

Zusammenarbeit FR vom 28. August 1986 äußert sich Leber: "Damals wollten Vgl. Hermann, L.: a.a.O., S. 47 f;

Textstelle (Originalquellen)

vergessene Regierung Die große Koalition 1966 bis 1969 und ihre langfristigen Wirkungen von Reinhard Schmoeckel Bruno Kaiser 1991 BOUVIER VERLAG BONN Kapitel 3 Reinhard Schmoeckel Ein schwieriges Gespann Die Zusammenarbeit der beiden großen Parteien in der Regierung 1. Jeder Regierungschef hat es schwer, in einer Großen Koalition ganz besonders (61) 2. Der Einfluß der Persönlichkeit (62) - 3. Gemeinsam auf den Weg - aber bis wohin? (70) - 4. Kompaß, Zügel

- 54 Die vergessene Regierung, 1966, S. 3

● 4% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

15974

14.12.2014

56

Textstelle (Prüfdokument) S. 54

116 Vom NATO-Rat im Dezember 1967 verabschiedete Leitsätze [über die künftigen Aufgaben der Allianz](#); Vgl. Haftendom, H.: a.a.O., S. 206.

Textstelle (Originalquellen)

Vereinigung Deutschlands und die Überwindung der Teilung Europas hat zwar den Harmel-Bericht auf seinem Podest gelassen, zwingt jedoch zur Suche nach einem neuen Konsens [über die künftigen Aufgaben der Allianz](#). Vgl. Deutsch-französische Stationierungsvereinbarung. Das Stationierungsrecht und die Statusfragen der französischen Truppen in Deutschland, in: Bulletin der Bundesregierung, Nr. 161, 23. Dezember 1966, S. 1304 f. "Zeitzeugen" und ihre Funktion ¹⁹⁶⁷ Belgien und

- 23 Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 1992, S. 220

● 4% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

15974

14.12.2014

57

Textstelle (Prüfdokument) S. 66

137 Vgl. [Hornung, K.: Staat und Armee. Studien zur Befehls- und Kommandogewalt und zum politisch-militärischen Verhältnis in der Bundesrepublik Deutschland, Mainz 1975, S. 88.](#)

Textstelle (Originalquellen)

gerecht zu werden, war es in der Konstituierungsphase der Bundeswehr, die ja selbst wiederum in die Jahre der Konsolidierung des neu gegründeten Staates fiel, 1) Klaus [Hornung: Staat und Armee. Studien zur Befehls- und Kommandogewalt und zum politisch-militärischen Verhältnis in der Bundesrepublik Deutschland, Mainz 1975, S. 25. - 16 - unumgänglich, militaristische Traditionen mit Nachdruck abzulehnen und explizit an demokratisch-rechtsstaatliche Traditionen anzuknüpfen beziehungsweise](#)

- 55 Weiland, Adolf: Politiktheoretische Probleme des Ko..., 1983, S. 15

● 3% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

15974

14.12.2014

58

Textstelle (Prüfdokument) S. 67

141 Vgl. Art. 45a GG; Vgl. Art. 45a GG: "(1) Der Bundestag bestellt... einen Ausschuß für Untersuchungsausschusses. Auf Antrag eines Viertels seiner Mitglieder hat er die Pflicht, eine Angelegenheit zum Gegenstand seiner Untersuchung zu machen.

Textstelle (Originalquellen)

rasch und flexibel reagieren zu können. Aufgaben: siehe Vorspann und Rechtsgrundlagen Zusammensetzung: a) 39 Mitglieder des Deutschen Bundestages b) 11 deutsche Mitglieder des Europäischen Parlaments, jedoch ohne Stimmrecht Rechtsgrundlagen: (1) Art. 45 GG: "Der Bundestag bestellt einen Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union. Er kann ihn ermächtigen, die Rechte des Bundestages gemäß Artikel 23 gegenüber der Bundesregierung wahrzunehmen." 24.10 Koordinierungsgremien beim Bundestag 3617 (2) Gesetz über die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Deutschem Bundes-tag in Angelegenheiten der

sinngemäße Anwendung, doch bleibt das Brief-, Post-, Telegraf- und Fernsprechgeheimnis unberührt. Artikel 80 Der Landtag bildet einen Ausschuss für Grubensicherheit. Dieser hat auch die Rechte eines Untersuchungsausschusses. Auf Antrag eines Viertels seiner Mitglieder hat er die Pflicht, eine Angelegenheit zum Gegenstand seiner Untersuchung zu machen. Artikel 81 (1) Kein Abgeordneter darf zu irgendeiner Zeit wegen seiner Abstimmung oder wegen der in Ausübung seines Mandats getanen

Sonderausschuß das gesetzliche Recht, über den Untersuchungsgegenstand und seinen Umfang zu befinden. Soweit der Sonderausschuß auf Antrag eines Fünftels seiner Mitglieder die Pflicht habe, eine Angelegenheit zum Gegenstand seiner Untersuchung zu machen, könne dieser Gegenstand auch durch gegenteiligen Landtagsbeschluß nicht mehr abgesetzt werden. b) Die Antragstellerin sei auch dadurch in ihren Rechten verletzt, daß es sich bei dem

- 10 Peter Schindler: Datenhandbuch zur ..., 1999, S.
- 56 o.V.: Verfassung des Saarlandes (SVerf), 1947, S. 12
- 57 Entscheidungen des Bundesverfassung..., 2002, S. 273

● 18% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

15974

14.12.2014

59

Textstelle (Prüfdokument) S. 67

"Zum Schutz der Grundrechte und als Hilfsorgan des Bundestages bei der Ausübung der parlamentarischen Kontrolle wird ein Wehrbeauftragter des Bundestages berufen. Das Nähere Die Artikel 45a und 45b wurden eingeführt durch ein Gesetz zur

Textstelle (Originalquellen)

in der 8. Legislaturperiode vgl. Rechenberg in BK, Art. 44 Rdnr. 21). Auch die Regelung des § 69a GOBT über erweiterte öffentliche Ausschlußberatungen bei der Schlußberatung muß Anwendung finden. Art. 45b **Zum Schutz der Grundrechte und als Hilfsorgan des Bundestages bei der Ausübung der parlamentarischen Kontrolle wird ein Wehrbeauftragter des Bundestages berufen. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz. III. Der Bundestag Art. 45b** Schrifttum Barth, Militärisches Beschwerderecht und öffentliche Kontrolle, in: Von

sie im Juni 1957 per Gesetz vollzogen, was der Grundgesetz-Artikel 45 b vorschreibt: "Zum Schutz der Grundrechte und als Hilfsorgan des Bundestages bei der Ausübung der **parlamentarischen Kontrolle wird ein Wehrbeauftragter des Bundestages berufen...**"Nahezu zwei Jahre verstrichen, bis das Parlament im Frühjahr 1959 in Helmuth von Grolman endlich den geeigneten Mann für dieses demokratische Wehrbeauftragteramt gefunden hatte.Und schon

- 27 Kommentar zum Grundgesetz unter Mit..., 1999, S. 844
- 58 GROLMAN Die Bekenntnisse des Krull ..., 1961, S.

● 1% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

15974

14.12.2014

60

Textstelle (Prüfdokument) S. 133

285 Art. 87a GG: "Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf, ihre zahlenmäßige Stärke und die Grundzüge ihrer Organisation müssen sich aus dem Haushaltsplan ergeben."

Textstelle (Originalquellen)

neue Aufgaben, so können bei dringendem Bedarf bundeseigene Mittel- und Unterbehörden mit Zustimmung des Bundesrates und der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages errichtet werden. Art. 87a (1) Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf. Ihre zahlenmäßige Stärke und die Grundzüge ihrer Organisation müssen sich aus dem Haushaltsplan ergeben. (2) Außer zur Verteidigung dürfen die Streitkräfte nur eingesetzt werden, soweit dieses Grundgesetz es ausdrücklich zuläßt. (3) Die Streitkräfte haben im Verteidigungsfalle und im Spannungsfalle die Befugnis,

- 27 Kommentar zum Grundgesetz unter Mit..., 1999, S. 38

● 1% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

15974

14.12.2014

61

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



Textstelle (Prüfdokument) S. 136

290 Regierungserklärung der Bundesregierung zur neuen Wehrstruktur vom 18. 1.1973 in: Sitzungsprotokoll [Deutscher Bundestag, 7. Wahlperiode, 67. Sitzung, Bonn, Donnerstag, den 29. November 1973](#), S. 3980 ff.

Textstelle (Originalquellen)

Charta der Vereinten Nationen, Präampel. 7 Faschismus ist überall. Der Friedensforscher Johan Galtung über den Balkan-Krieg. In: a. a. O. 8 Rudolf Seiters: Rede vor dem Bundestag am 12.02.1998. In: [Deutscher Bundestag - 13. Wahlperiode - 219. Sitzung, Bonn, Donnerstag, den 12. Februar 1998](#), S. 19987. 9 "Bomben können wir immer noch". Ein ZEIT-Gespräch mit dem amerikanischen Balkan-Unterhändler Richard Holbrooke über den Waffenstillstand im Kosovo, die Zukunft der Nato

- 59 class gs ctg2 von sicherheitspoliti..., 2000, S. 56

● 4% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

15974

14.12.2014

62



ProfNet

Institut für Internet-Marketing

Textstelle (Prüfdokument) S. 160

328 Bundeskanzler Willy Brandt erinnerte in seiner programmatischen Regierungserklärung am 18.1.1973 die jungen Menschen an ihre Pflichten gegenüber dem Staat: "Wir haben die allgemeine Wehrpflicht als Gebot der Wehrgerechtigkeit."

Textstelle (Originalquellen)

Frage der Laienanalyse, Ges. Werke Bd. XIV, London 1948, S.267, zit. nach Schumacher 1970, S. 1947.) 2. Es muß der Wille zu einer gesellschaftlichen Tätigkeit, letztlich also auch zur Berufspolitik vorhanden sein. Das ist nicht nur ein Gebot der Klugheit, sondern auch ein Bedürfnis der uns umgebenden Gesellschaft (nämlich nach Gestaltern), letztlich ist Berufspolitik sogar eine Forderung aus dem Konzept der Mediation wie auch

- 60 Gibt es Alternativen zum Modell 39 ..., 1998, S. #P16#den 94

● 0% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

15974

14.12.2014

63

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



Textstelle (Prüfdokument) S. 161

Textstelle (Originalquellen)

PlagiatService

Prüfbericht

15974

14.12.2014

64

Wehrgerechtigkeit."

● 0% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit



ProfNet

Institut für Internet-Marketing

Textstelle (Prüfdokument) S. 178

359 Vgl.: Baring, A.: Machtwechsel, Die Ära Brandt-Scheel, S. 687.

Textstelle (Originalquellen)

Köhler, Adenauer. Eine politische Biographie, Berlin 1994, S. 518 - 541; F. J. Strauß, Die Erinnerungen, Berlin 1989, S. 111.3. Vgl. K. Niclaß, Kanzlerdemokratie. Bonner Regierungspraxis von Konrad Adenauer bis Helmut Kohl, Stuttgart 1988, S. 66 - 73.4. Vgl. H. Köhler (Anm. 2), S. 1177 - 1180.5. Vgl. A. Baring, Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel, Stuttgart 1982, S. 171 - 176.6. Vgl. S. Schüttemeyer, Fraktionen im Deutschen Bundestag 1949 - 1997. Empirische Befunde und theoretische Folgerungen, Opladen-Wiesbaden 1998, S. 175 - 181; K. Niclaß (Anm. 1), S. 141 - 157.7. P. Radunski, Wahlkampfstrategien "80 in den USA und der Bundesrepublik. Personalisierung -

- 61 Koalitionen und Kandidaten: Rückbli..., 2002, S.

● 4% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

15974

14.12.2014

65

Textstelle (Prüfdokument) S. 178

Mittelstreckenbedrohung. In: [Vom Kalten Krieg zur deutschen Einheit, Analysen und](#)

Textstelle (Originalquellen)

Bl. 5, (Bericht über die Entwicklung der Kasernierten Volkspolizei). cdxcvIbid, Bl. 42. cdxcvIbid, Bl. 35. cdxcvIbid, Bl. 36. cdxcvIbidVgl. Haase, Roland, Auf dem letzten Lehrgang für Regimentskommandeure in der Sowjetunion, in: [Vom kalten Krieg zur deutschen Einheit. Analysen und](#) Zeitzeugenberichte zur deutschen Militärgeschichte 1945 bis 1990, München 1995, S. 75. cdxcvIbidVgl. SAPMO-BArch, NY 36/695, Bl. 103. dSAPMO-BArch, DY 30/IV/2/1/62 (22. (36.) Sitzung des PV am 04.10.1949. dIbidVgl. Pieck, Wilhelm, Reden und Aufs

- 62 Bundeswehr und Nationale Volksarmee..., 1999, S. 63

● **5%** Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

15974

14.12.2014

66

Textstelle (Prüfdokument) S. 189

Zusammenarbeit in Europa: Dokumentation zum KSZE-Prozeß, S. 15.

Textstelle (Originalquellen)

Leske + Budrich, 1994, S. 12. ³² 32 Zitiert aus dem letzten Abschnitt der Helsinki-Schlußakte, "Folgen der Konferenz", der auch "vierter ³² Korb" genannt wird, in: Auswärtiges Amt (Hrsg.), Sicherheit und [Zusammenarbeit in Europa. Dokumentation zum KSZE-Prozeß](#), 6. Aufl., Bonn/Remscheid: Ziegler, 1985, S. 51-126, hier S. 121 bzw. ³² 122. ³³ 33 Ebenso wenig wurde vorausgesehen, daß die KSZE ein Forum für Austauschprozesse zwischen West ³³ und Ost und schließlich ein Steuerungsinstrument

- ⁶³ 63 Institutionalisation und Konfliktp..., 2000, S. #P175#geben.#A#

● 4% Einzelplagiatswahrscheinlichkeit

PlagiatService

Prüfbericht

15974

14.12.2014

67

Quellenverzeichnis

- 1 Ilseman, Carlo-Gero von (1971): Die Bundeswehr in der Demokratie. Zeit der Inneren Führung. Hamburg. 1971 , 1971
- 2 Kern, Erich: Verrat an Deutschland, 1972
<http://ftp://ftp.nsl-lager.com/pub/Schriftdateien/Revisionismus/Kern,%20Erich%20-%20Verrat%20an%20Deutsch>
- 3 class gs ctg2 von ifz-muenchen.de ifz-muenchen.de Es begann mit der Weimarer Erfahrung 1 Aufsätze, 2003
http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2003_1.pdf
- 4 Müller, M.: Verknappung des preiswerten Wohnungsbestandes als Hauptproblem der Wohnungspolitik, WSI-Mitteilungen 1980, S. 525 ff. Von Michael Müller) , 1980
- 5 Aspekte der gewerkschaftlichen Vermögensbildungsdiskussion, 1972
<http://library.fes.de/gmh/main/pdf-files/gmh/1972/1972-02-a-071.pdf>
- 6 Entwicklungsbegleitung als therapeutische Intervention bei ADHS, 2004
http://repositorium.uni-osnabrueck.de/bitstream/urn:nbn:de:gbv:700-2004113023/2/E-Diss362_thesis.pdf
- 7 Willy Brandts Regierungserklärung, 28. Oktober 1969, 1969
http://www.1000dokumente.de/pdf/dok_0021_bra_de.pdf
- 8 class gs ctg2 von rsu.edu.rusu.edu.ru 1042 1088 1077 1084 1103 1076 1083 1103 1095 1090 1077 1085 1080 1103 1075 1072 1079 1077 1090 1099 , 1052
http://library.rsu.edu.ru/blog/wp-content/uploads/e-library2/libds/denisov_vremy_dly_chteniy_gazet.pdf
- 9 Prokla 26, 1976
<http://www.prokla.de/wp/wp-content/uploads/1977/Prokla26.pdf>
- 10 Peter Schindler: Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1949 bis 1999, 1999
- 11 Sucht- und Drogenpolitik im internationalen Vergleich - Ein Überblick mit historischen, kulturellen und sozio-ökonomischen Bezügen, 2005
http://elib.suub.uni-bremen.de/diss/docs/E-Diss1151_Kurzer.pdf
- 12 VIERTELJAHRSHEFTE F, 1998
http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2000_3.pdf
- 13 Aufstand in Ungarn, 1981
<http://nsl-archiv.com/Buecher/Nach-1945/Irving,%20David%20-%20Aufstand%20in%20Ungarn%20-%20Die%20Tragoedi>
- 14 Zehn Ernstf, 2000
http://edoc.vifapol.de/opus/volltexte/2008/559/pdf/hb124_1.pdf
- 15 Gottschick, H./Giese, D.: Das Bundessozialhilfegesetz, Kommentar, 9. Aufl. , 1985
- 16 Huntingtons These vom , 2001
http://edoc.vifapol.de/opus/volltexte/2009/1234/pdf/band_15.pdf

PlagiatService

Prüfbericht

15974

14.12.2014

68

Quellenverzeichnis

- 17 Pöttering, Hans-Gert: Die verteidigungspolitische Konzeption der Bundesregierung von 1955-1963, unter besonderer Berücksichtigung der Militärstrategie der USA, 1974
- 18 Erinnerungen 1945-1953 - Konrad Adenauer, 4. Aufl., 1980
http://www.konrad-adenauer.de/files/7613/8746/5768/Adenauer_Erinnerungen.pdf
- 19 www publication 1998 - Rattinger, 2001
http://lsvpy.uni-mannheim.de/lehrstuhlteam/prof_dr_hans_rattinger/publikationsliste/strukturen_und_determ
- 20 Die deutschen Verfassungen des 19. und 20. Jahrhunderts . Paderborn, 1971
- 21 Bericht der Gemeinsamen Verfassungskommission Drucksache 12/6000 , 1993
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/12/060/1206000.pdf>
- 22 Die europäische Sicherheitsarchitektur im Wandel - RWTH Aachen , 2002
http://darwin.bth.rwth-aachen.de/opus3/volltexte/2002/392/pdf/Schwerin_Wolfgang.pdf
- 23 Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 1992
http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_2.pdf
- 24 class gs ctg2 von csce-1975.netesce-1975.net BUCH B Zustimmung und Irritationen: Die Westmächte und die deutsche Ostpolitik 1969/70, 2003
<http://csce-1975.net/ostpolitik/publications/download/article9.pdf>
- 25 Die Torheit der Regierenden, 1984
<http://www.irwish.de/PDF/Barbara%20Tuchman%20-%20Die%20Torheit%20der%20Regierenden.pdf>
- 26 POLITISCHE STUDIEN 367, 1999
http://www.hanns-seidel-stiftung.de/downloads/politische_studien_367.pdf
- 27 Kommentar zum Grundgesetz unter Mitarbeit von Hans Bernhard Brockmeyer, Christoph Kannengießer, Rüdiger Sannwald (Auszug), 1999
- 28 Grundgesetz und Landesverfassung Europäische - IGS-Hamm/Sieg, 2000
<http://www.igs-hamm-sieg.de/GGLVRLP.pdf>
- 29 Ausbau der Hausmacht im Bundeskanzleramt: Die Systeme Schmidt, Kohl und Schr, 2000
http://alt.karl-rudolf-korte.de/data/mag_schlesinger.pdf
- 30 Das Argument 25, 1963
<http://www.inkrit.org/argument/archiv/Das%20Argument%2025.pdf>
- 31 Qualit, 2001
http://www.lzg.gc.nrw.de/_media/pdf/service/Publicationen/wr/wr09_oegd_3_tagung.pdf
- 32 Gemeinsam die Zukunft gestalten, 1994
<http://195.243.222.33/gmh/main/pdf-files/gmh/1994/1994-09-a-553.pdf>

PlagiatService

Prüfbericht

15974

14.12.2014

69



Quellenverzeichnis

- 33 Der 17. Juni 1953 - Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung, 2002
<http://library.fes.de/pdf-files/netzquelle/01276.pdf>
- 34 Schlußbericht der Enquete-Kommission Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit", 1996
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/13/110/1311000.pdf>
- 35 Strategische Einsatzplanungen der NATO Einflussfaktoren, Inhalte, Umsetzungsmaßnahmen, 2005
<http://ub.unibw-muenchen.de/dissertationen/ediss/weigl-ludwig/inhalt.pdf>
- 36 class gs ctg2 von fes.defes.de Die Politik muß die Wende herbeiführen: 1993 Wachstum statt Rezession, 1993
<http://library.fes.de/gmh/main/pdf-files/gmh/1993/1993-01-a-045.pdf>
- 37 Über welche Möglichkeiten der Einflussnahme verfügt die Europäische Union im Rahmen der euro-mediterranen Partnerschaft im Nahen Osten und Nordafrika , 2004
http://miami.uni-muenster.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-2088/miami_complete.pdf
- 38 Der Altenheimsurvey: Durchf, 1996
http://www.gesis.org/fileadmin/upload/forschung/publikationen/zeitschriften/zuma_nachrichten/zn_38.pdf
- 39 Der Tag der deutschen Einheit im Wandel der Zeit, 1990
- 40 Die missglückte Regelung des Rechts der fehlerhaften Ehe durch das Eheschließungsgesetz 1998, 2004
<http://edoc.hu-berlin.de/dissertationen/engelhardt-sabine-2004-07-29/PDF/Engelhardt.pdf>
- 41 Die Chinapolitik der Bundesrepublik Deutschland: Zwischen Distanzierung und Kooperation, 1997
http://kops.ub.uni-konstanz.de/bitstream/handle/urn:nbn:de:bsz:352-opus-1269/126_1.pdf
- 42 class gs ctg2 von braintrust.atbraintrust.at ÖSTERREICHER IM EXIL MEXIKO 1938 1947, 2002
<http://doew.vbox17.braintrust.at/cms/download/4kiic/158.pdf>
- 43 Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 1989
http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1989_4.pdf
- 44 HUMANITARES VOLKERRECHT, 2003
http://www.ruhr-uni-bochum.de/ihv/documents/huvi/huv_2003/1_2003.pdf
- 45 Rüstungskontrollpolitik Belgiens, 1997
- 46 (Diss), 2004
<http://miami.uni-muenster.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-1436/diss.pdf>
- 47 Zimmer, Matthias: Nationales Interesse und Staatsräson. Zur Deutschlandpolitik der Regierung Kohl 1982 1989, 1990
- 48 BERICHTE UND URKUNDEN, 1955
http://www.hjil.de/34_1974/34_1974_3_b_503_582.pdf
- 49 Sicherheitsinstitutionen: Arbeitsteilung und Kooperation, 1998
http://www.borchert.ch/paper/FIB_13.pdf

PlagiatService

Prüfbericht

15974

14.12.2014

70

Quellenverzeichnis

- 50 Deutsche und amerikanische Entspannungspolitik 1969-1989, 2004
http://www.studienforum-berlin.de/entspannungspolitik_deutschland-usa.pdf
- 51 1992
http://deposit.ddb.de/ep/netpub/66/36/18/969183666/_data_deli/_deli_stand_1992_12_01/faultstich-wieland92_
- 52 Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 1982
http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1985_2.pdf
- 53 class gs ctg2 von vifapol.devifapol.de Gerechter Friede Weltgemeinschaft in der Verantwortung, 2003
http://edoc.vifapol.de/opus/volltexte/2013/4203/pdf/Gerechter_Friede_Weltgemeinschaft_i_d_Verantwortung_d
- 54 Die vergangene Regierung, 1966
<http://tocs.ulb-tu-darmstadt.de/17232805.pdf>
- 55 Weiland, Adolf: Politiktheoretische Probleme des Konzepts der 'Inneren Führung' der Bundeswehr, 1983
- 56 o.V.: Verfassung des Saarlandes (SVerf), 1947
http://www.saarland.de/dokumente/thema_justiz/100-1.pdf
- 57 Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zum Recht der Parlamentarischen Untersuchungsausschüsse (20.1.2008), 2002
<http://www.harald-georgii.de/GerichtsEntsch/BVerfGE-Sammlung.pdf>
- 58 GROLMAN Die Bekenntnisse des Krull BONN, 1961
<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-43366138.html>
- 59 class gs ctg2 von sicherheitspolitik-dss.desicherheitspolitik-dss.de BUCH B Für eine Welt ohne Krieg, 2000
<http://www.sicherheitspolitik-dss.de/ap/ap055000.pdf>
- 60 Gibt es Alternativen zum Modell 39 Therapie bei der Behandlung von Verst, 1998
<http://www.verlag-gespraechsforschung.de/2002/probleme/080-095.pdf>
- 61 Koalitionen und Kandidaten: Rückblick und Wahleinschätzung 2002, 2002
<http://www.bpb.de/apuz/26909/koalitionen-und-kandidaten-rueckblick-und-wahleinschaetzung-2002?p=all>
- 62 Bundeswehr und Nationale Volksarmee in der Aufstellungphase 1947 bis 1956: Ein vergleichende Studie, 1999
<http://publikationen.ub.uni-frankfurt.de/files/5557/00000159.pdf>
- 63 Institutionalisierung und Konfliktprävention, 2000
<http://www.deutsche-aussenpolitik.de/resources/monographies/sgefp1.pdf>

PlagiatService

Prüfbericht

15974

14.12.2014

71

ProfNet

Institut für Internet-Marketing



Glossar

- **Ampel**
Entsprechend der Gesamtwahrscheinlichkeit wird ein Rating der Schwere durch die Ampelfarbe berechnet: grün (bis 19 %) = wenige Indizien unterhalb der Bagatellschwelle; gelb (20 bis 49 %) - deutliche Indizien enthalten, die eine Plagiatsbegutachtung durch den Prüfer notwendig machen; rot (ab 50 %) = Plagiate liegen mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit vor, die eine Täuschungsabsicht dokumentieren. Bei publizierten Dissertationen sollte ein offizielles Verfahren zur Prüfung und/oder zum Entzug des Dokortitels eröffnet werden.
- **Anteil Fremdtex te (brutto)**
Anteil aller durch die Software automatisch gefundenen Bestandteile aus anderen Texten am Prüftext (von mindestens 7 Wörtern) in Prozent und Anzahl der Wörter gemessen. Dabei wird noch keine Interpretation auf Plagiatsindizien oder korrekte Übernahmen (z.B. Zitat, Literaturquelle) vorgenommen.
- **Anzahl Fremdtext (netto)**
Anteil aller durch die Software automatisch gefundenen und als Plagiatsindizien interpretierten Bestandteile aus anderen Texten am Prüftext (von mindestens 7 Wörtern) in Prozent und Anzahl der Wörter gemessen.
- **Bauernopfer**
Fehlende Quellenangabe bei einer inhaltlichen oder wörtlichen Textübernahme, wobei die Originalquelle an anderer Stelle des Textes (außerhalb des Absatzes, des Satzes, des Habsatzes oder des Wortes) angegeben wird.
- **Compilation**
Zusammensetzen des Textes als "Patchwork" aus verschiedenen nicht oder unzureichend zitierten Quellen.
- **Eigenplagiat**
Übernahme eines eigenen Textes des Autors ohne oder mit unzureichender Kennzeichnung des Autors. Auch wenn hier nur eigene Texte und Gedanken übernommen werden, handelt es sich um eine Täuschung. Der Prüfer geht davon aus, dass es sich hier um neue Texte und Gedanken des Autors handelt.
- **Einzelplagiatswahrscheinlichkeit**
Grobe Berechnung der Wahrscheinlichkeit des Vorliegens eines Plagiat es des einzelnen Treffers (oder der Treffer) auf einer Seite im Prüfbericht.
- **Gesamtplagiatswahrscheinlichkeit**
Berechnung der Wahrscheinlichkeit des Vorliegens von Plagiaten durch Verknüpfung der Indizienanzahl, des Netto-Fremdtextanteils und der Schwere der

- Ghostwritersuche
einzelnen Plagiatsindizien.
Über den statistischen Vergleich der Texte (Stilometrie) wird eine Wahrscheinlichkeit berechnet, ob die Texte von demselben Autor stammen.
- Indizien
Dieser Prüfbericht gibt nur die von der Software automatisch ermittelten Indizien auf eine bestimmte Plagiatsart wieder. Die Feststellung eines Plagiats kann nur durch den Gutachter erfolgen.
- Literaturanalyse
Die im Prüftext enthaltenen Literatureinträge im Literaturverzeichnis werden analysiert: Wird die Quelle im Text zitiert? Handelt es sich um eine wissenschaftliche Quelle? Wie alt sind die Quellen?
- Mischplagiat - eine Quelle
Der Text wird hierbei aus verschiedenen Versatzstücken einer einzigen Quelle zusammengesetzt, also gemischt.
- Mischplagiat - mehrere Quellen
Der Text wird hierbei aus verschiedenen Versatzstücken aus verschiedenen Quellen zusammengesetzt, also gemischt.
- Phrase
Die übernommenen Textstellen stellen allgemeintypische oder fachspezifische Wortkombinationen der deutschen Sprache dar, die viele Autoren üblicherweise verwenden. Solche Übernahmen gelten nicht als Plagiate.
- Plagiat
Übernahme von Leistungen wie Ideen, Daten oder Texten von anderen - ohne vollständige oder ausreichende Angabe der Originalquelle.
- Plagiatsanalyse
Gefundene gleiche Textstellen (= Treffer) werden durch die Software automatisch auf spezifische Plagiatsindizien analysiert.
- Plagiatsuche
Mit Hilfe von Suchmaschinen wird im Internet, in der Nationalbibliothek und im eigenen Dokumentenbestand nach Originalquellen mit gleichen oder ähnlichen Textstellen gesucht. Diese Quellen werden alle vollständig Wort für Wort mit dem Prüftext verglichen. Plagiatsindizien werden für Textstellen ab 7 Wörtern berechnet.

Glossar

- **Plagiatswahrscheinlichkeit**
Grobe Berechnung der Wahrscheinlichkeit des Vorliegens eines Plagiates auf der Basis der Plagiatsindizien. Die Ampel zeigt drei Ergebnisse an: grün - keine Wahrscheinlichkeit des Vorliegens eines Plagiates und somit keine weitere Überprüfung notwendig, gelb - mögliches Vorliegen eines Plagiates und somit eine weitere Überprüfung empfohlen, rot - hohe Wahrscheinlichkeit des Vorliegens eines Plagiates und somit weitere Überprüfung unbedingt notwendig.
- **Stilometrie**
Texte werden dabei einzeln nach statistischen Kennzahlen (z.B. durchschnittliche Länge der Wörter, Häufigkeit bestimmter Wörter) analysiert. Sind diese Kennzahlen für zwei Texte ähnlich, liegt hier statistisch der gleiche "Stil" und somit mit hoher Sicherheit der selbe Autor vor.
- **Teilplagiat**
Ein Textbestandteil einer Quelle wurde vollständig ohne ausreichende Zitierung kopiert.
- **Textanalyse**
Der einzelne Text wird durch die Software automatisch für sich allein analysiert, z.B. nach statistischen Kennzahlen, benutzter Literatur, Rechtschreibfehlern oder Bestandteilen. Je nach Stand der Softwareentwicklung sind die absoluten Ergebnisse (z.B. Erkennung von Abbildungen, Fußnoten, Tabellen, Zitaten) im einzelnen eingeschränkt aussagefähig. Aufgrund der immer für alle Texte durchgeführten Analysen sind die relativen Unterschiede zwischen den Spalten (z.B. Diplomarbeit vs. Dissertation) uneingeschränkt aussagefähig.
- **Textvergleich**
Jeder Text wird mit anderen älteren Texten vollständig verglichen. Gefundene gleiche Textstellen werden in einem weiteren Schritt z.B. auf Plagiatsindizien hin untersucht.
- **Übersetzungsplagiat**
Nutzung eines fremdsprachigen Textes durch Übersetzung.
- **Verschleierung**
Ein Text wird ohne eindeutige Kennzeichnung (i.d.R. durch Anführungszeichen) Wort für Wort übernommen, aber mit Angabe der Quelle in der Fußnote. Dadurch wird der Prüfer getäuscht, der von einer nur inhaltlichen Übernahme ausgehen muss.
- **Vollplagiat**
Der gesamte Text wird vollständig ohne Zitierung kopiert.

Glossar

- Zitat - wörtlich
Übernommener Text wird z.B. mit Anführungszeichen korrekt dargestellt. Dieses wörtliche Zitat darf keine Veränderungen, Ergänzungen oder Auslassungen enthalten. Fehlt für das Zitat nach der Plagiatssuche ein Nachweis in einer Originalquelle, so wird der Treffer als "Zitat-wörtlich-im Text" bezeichnet.
- Zitat - wörtlich - Veränderung
Einzelne Wörter einer korrekt gekennzeichneten wörtlichen Übernahme werden verändert oder weggelassen, ohne dass der Sinn verändert wird. Z.B.: "Unternehmung" wird durch "Unternehmen" ersetzt.
- Zitat - wörtlich - Verdrehung
In dem korrekt gekennzeichneten übernommenen wörtlichen Text wird der Sinn durch Austausch einzelner Wörter deutlich verändert. Beispiel: "überentwickelten" statt "unterentwickelten".
- Zitierungsfehler
Arbeitsbezeichnung für eine wörtliche Textübernahme, die nur als inhaltliche Textübernahme (Paraphrase) gekennzeichnet wird.

PlagiatService

Prüfbericht

15974

14.12.2014

75



ProfNet

Institut für Internet-Marketing